alhambra

zeitung & programm / märz 2007

Nichts ist rebellisch an deinem Verhalten, du bist so dumm und du gierst genau wie deine Alten, reihst dich ein, deine Jogginghose vollgepisst, du stumpfer, mieser, kleiner Rassist. Wenn du auf Menschen einprügelst, weil sie anders aussehen, wenn du auf Menschen einprügelst, weil sie sich anders anziehen, wenn du auf Menschen einprügelst, prügeln wir zurück, wir werden keinen Schritt mehr weichen, kein Meter, kein Stück. Seh` es klar, es ist höchste Zeit für realistische Menschlichkeit.

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

und diesmal...

NPD-Landesparteitag verhindern 03
Bullenrepression entgegentreten 04
Kriminalisierung von Antifas in Oldenburg 05
FrauenLesbenTrans - Demo 06
Nulltarif I 07
Nulltarif II 08
Lust auf Freiheit 10
Hüllenlose Kameraüberwachung in UK 13
Ungdomshuset geräumt - Infoblatt 14
WagenburgInfos 18
Wasserstadt in Oldenburg 19
Wer sind eigentlich die Überflüssigen 23

Der G8-Gipfel rueckt naeher ...

...Jetzt schon mal fuer Oldenburg vormerken:

18.-20. Mai: Fahrradkarawane zum und gegen G8 in OL
27./28. Mai: Karawane fuer die Rechte der Fluechtlinge und MigrantInnen in OL
28.Mai: Europaeische Erwerbslosenmaersche in OL
28. Mai: Gemeinsame Demonstration in OL

Ab 1. Juni: Beginn der Aktionen rund um Heiligendamm

...und für Bremen:

G8-Warmup proudly presents:

ZÄUNE ANGREIFEN!

Gegen die EU-Aussenministerkonferenz in Bremen

Rassismus, Militarisierung & soziale Ausgrenzung bekämpfen-
Für ein solidarisches, selbstbestimmtes Leben - weltweit.

DEMONSTRATION 31.03.07

Treffpunkt: 11.00 Uhr Goethetheater

Freitag 30.03.07 Aktionstag gegen den Start der Konferenz

http://bremen.antifa.net

:: NPD-Landesparteitag verhindern!

:: Achtet auf weitere Ankündigungen

Am 11. März 2007 will die NPD einen Landesparteitag im Großraum Oldenburg durchführen. Für diesen Zweck wollten die Nazis das städtische Kulturzentrum PFL angemieten. Das wurde ihnen jetzt nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts endgültig untersagt. Doch obwohl die NPD nicht ins PFL darf, wird irgendwo im Grossraum Oldenburg ihr Parteitag stattfinden- und egal wo, wir müssen dort sein und ihr Zusammenkommen verhindern.

Infos gibts auf:
http://www.alhambra.de/nonazis
http://www.provinzkritik.blogsport.de
http://www.parteitag-kippen.tk

Infotelefon am 11. März:
0441 / 2488660

EA am 11. März:
0441 / 14402

Die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements durch die Polizei nicht länger hinnehmen

„Schwupp, schon hast du den Polizeiknüppel im Kreuz oder hast Erstickungsangst, nachdem die volle Ladung Pfefferspray in deinem Gesicht gelandet ist."

Solche unschönen Szenen ereigneten sich auf beinahe jeder antifaschistischen Demo der letzten Jahre in Oldenburg. Aber damit noch nicht genug: mit etwas Pech bekommst du anschließend noch eine Anzeige wegen Widerstands oder ähnlichem. Kommt die Sache dann vor Gericht, hast du kaum eine Chance, wiegt doch die Aussage eines Polizisten/einer Polizistin vor deutschen Gerichten mindestens die Aussagen von 5 „Nicht – Polizisten" auf.
Eine kleine Chance besteht nur dann, wenn die Übergriffe der Polizei überzeugend dokumentiert sind.
Da es inzwischen fast üblich ist, auf jede Demo eine Kamera bzw. das Fotohandy mitzunehmen, sollte diese Tatsache genutzt werden, um die „Arbeit" der Polizei zu dokumentieren, anstatt wahllos Aufnahmen der Demo und ihrer Teilnehmer/innen zu machen.

Dokumentierte Übergriffe können dann u.U. zur Entlastung beitragen oder im Zweifelsfall auch zur Anzeige gebracht werden.

Keine Straffreiheit für Schläger/innen in Uniform !

Beispiel: Gewalt gegen friedliche Sitzblockaden ist unverhältnismäßig und erfüllt unter Umständen den Straftatbestand der Körperverletzung im Amt. Auch Bilder von vermummten Polizisten, die sich damit der Strafverfolgung entziehen wollen, sind erwünscht.
Ein wichtiger Hinweis: Aufnahmen von einzelnen Polizist/innen, welche nicht aktiv am Geschehen teilnehmen, sind verboten.
Allerdings ist auch das Recht der Polizei, Bild- und Tonaufnahmen anzufertigen, durch den §12a des Versammlungsgesetzes eingeschränkt. Die Praxis, Demonstrationen und alle Teilnehmer/innen von Anfang bis Ende abzufilmen, wie in Oldenburg mittlerweile üblich, ist illegal.
Auch diese Beamt/innen sollten bei ihrer Arbeit dokumentiert werden, um die Filmaktionen ggf. zur Anzeige zu bringen.

Versammlungsgesetz §12a (1):
Die Polizei darf Bild- und Tonaufnahmen von Teilnehmern bei oder im Zusammenhang mit öffentlichen Versammlungen nur dann anfertigen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass von ihnen erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen.

Oldenburger Rechtshilfe

In Niedersachsen fanden am 10.09.2006 Kommunalwahlen statt. Im Vorfeld hatte die NPD diverse Wahlkampfstände angemeldet, so auch für den 19.August im Oldenburger Stadtteil Ofenerdiek.
NPD und sogenannte Freie Kräfte, die offen nationalsozialistisch auftreten, versuchen auch in Niedersachsen ihre Strukturen auszubauen. Hierzu gehört es, öffentlich Präsens zu zeigen und auf den Gewöhnungseffekt zu vertrauen. In vielen Teilen der Republik ist dies ja bereits bittere Realität : Es ist „normal", dass Nazis sich ohne Sorge vor Gegenwehr auf den Straßen frei bewegen können und mit ihrer Propaganda ungehindert neue Anhänger/innen rekrutieren und in Wahlkampfzeiten auf Stimmenfang gehen.

In guter antifaschistischer Tradition hat sich am 19.08.06 eine unbekannte Anzahl mutiger und engagierter Menschen auf den Weg nach Ofenerdiek gemacht, um den Nazis entgegen zu treten und ihnen nicht die Straße zu überlassen.

Nun gibt es in Oldenburg allerdings auch andere Traditionen.

Kriminalisierung antifaschistischer Proteste in Oldenburg!

Politischer Verfolgungswille bei Polizei und Justiz

Eine davon ist der unbedingte Verfolgungswille der Polizei gegenüber antifaschistischem Engagement und der fortgesetzte Versuch von Staatsanwaltschaft und Gerichten ebendieses Engagement zu kriminalisieren.
Über 20 Personen wurden von der Polizei in Gewahrsam genommen, „erkennungsdienstlich" behandelt und zum Teil rüde schikaniert. Der Staatsanwaltschaft und den verantwortlichen Richtern/Richterinnen in Oldenburg scheint jeder Maßstab für die Verhältnismäßigkeit der von ihnen bevorzugten Mittel abhanden gekommen zu sein:
Anstatt den Menschen den Rücken zu stärken, die im besten Sinne genau das zeigen und praktizieren, was in jeder Sonntagsrede eingefordert wird – nämlich Zivilcourage – sollen durch das Einleiten von Strafverfahren genau diese Personen einge-schüchtert und kriminalisiert werden.
Ohne Verhandlung sind inzwischen Strafbefehle ergangen – der kollektive Vorwurf: Landfriedensbruch. Gegen alle Strafbefehle wurde Einspruch eingelegt.
Die Gesamtkosten für antifaschistisches Engagement in Oldenburg wird so weiter in die Höhe getrieben: ca. 13.000 € soll es nach Meinung der Gerichte kosten, sich in Oldenburg aktiv den Nazis entgegenzustellen!
Die Verfahren im Zusammenhang mit der NPD – Demo vom September 2005 sind noch nicht einmal vollständig abgeschlossen. Allein die Kosten in diesem Zusammenhang belaufen sich inzwischen auf ca. 5000 €.

Es fast ausschließlich dem Engagement von AntifaschistInnen zu verdanken, dass in Oldenburg die Nazis noch relativ klein gehalten werden. Die historische und die aktuelle politische Entwicklung zeigt uns: Überall dort, wo Nazis erst einmal Fuß gefasst haben, sind sie nicht mehr – oder nur unter sehr erschwerten Bedingungen - wieder weg zu bekommen.
Es war und bleibt richtig gegen die NPD zu protestieren, es war und bleibt richtig, den Nazis überall dort entgegen zu treten wo, sie sich öffentlich zeigen. Es war und bleibt richtig, entschlossen gegen rassistische NPD – Parolen einzutreten, auch und gerade im Wahlkampf.

Wir rufen zu praktischer und politischer Solidarität mit den Betroffenen auf.

Wir bitten um Spenden auf das Konto der Oldenburger Rechtshilfe: Nr.: 100-006 154 bei der LzO, BLZ: 28050100

Die ersten Prozesse stehen nun an:
Mi. 14. März, 9 h Amtsgericht Oldenburg
Di. 20. März, 12 h Amtsgericht Oldenburg
Es ist möglich, dass es noch zu Terminabweichungen kommt. Haltet euch auf dem Laufenden unter:
www.alhambra.de/nonazis

Informations- und Diskussionsveranstaltung

Kriminalisierung der Antifa – Versammlungsfreiheit für Nazis ! ?

Der Bremer Rechtsanwalt, Publizist und Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte

Dr. Rolf Gössner

setzt sich in dieser Veranstaltung mit der Problematik rechter Versammlungen auseinander sowie mit den Gegendemonstrationen und deren Kriminalisierung.

Ort: DGB – Haus, Kaiserstraße 4-6
Dienstag, 20. März 07, 19.30 Uhr

Eine Veranstaltung der Oldenburger Rechtshilfe unterstützt vom Forum gegen Rechts und dem ASTA der CvO - Universität

TAKE BACK THE NIGHT

FrauenLesbenTrans auf die Strasse - jetzt erst recht !

Auch in diesem Jahr soll es am **30.April** wieder eine
FrauenLesbenTrans Demo
durch Oldenburgs Innenstadt geben !

!

Erst recht, nach den krassen Reaktionen der Menschen/vornehmlich jungen Männer im vergangenen Jahr. Die Gruppe wurde verfolgt, aufs Übelste angepöbelt & sogar beworfen.Davon werden wir uns nicht einschüchtern lassen ! Wir werden nicht vor Schreck still zuhause bleiben & die sich diskriminierend & sexistisch verhaltenden „Herrschaften“ ziehen lassen.

Gerade die Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr beweisen, wie wichtig es ist, weiterhin auf die gesellschaftlich verankerte Ungleichheit aufmerksam zu machen, sich solidarisch zu zeigen & gemeinsam & vor allem laut zu sagen:

wir sind da - wir sind stark - wir wehren uns !

Denn: bis heute leben wir in einer von Männern diktierten & dominierten Welt & Gesellschaft. Weiterhin geören sexisitische Übergriffe & Gewalt gegen FrauenLesbenTrans zum Alltag. Die Medien transportieren weiterhin das Bild der Frau als das „schwache Geschlecht“, als (Sex-) Objekt, weiterhin wird Andersartigkeit durch diktierte Normen definiert & von der Gesellschaft diskriminiert.

Wir werden uns nicht fügen !
Wir wollen die Freiheit, uns zu jeder Zeit an jedem Ort aufzuhalten !
Wir wollen gemeinsam auf die Strasse gehen, um NEIN! zu sagen - NEIN! - zu sexualisierter Gewalt gegen Menschen, zu männlicher Ignoranz, zu HERRschenden Normen in der Welt!

Wir bestimmen selbst, wie wir sind & wo wir unseren Spaß haben !

Gemeinschaft & Solidarität sind Widerstand.

Vorbereitungs- und MobilisierungsTreffen
21. März im Alhambra - Kneipe - 19 Uhr
... mit DokuFilm vom letzten Jahr!

Für eine kostenlose Busnutzung für Arbeitslose und Flüchtlinge!

Zum neuen Haushalt wird der Oldenburger Stadtrat über einen Antrag auf kostenlose bzw. ermäßigte Busnutzung für ALG II-EmpfängerInnen und AsylbewerberInnen entscheiden.

Unsere Aktionen für kostenlose Busnutzung richten sich gegen einen Zustand, indem Mobilität ein Privileg geworden ist. Bus fahren ist teuer. Viele können es sich nicht leisten. Besonders betrifft das natürlich die ALG II-EmpfängerInnen, deren Lebensverhältnisse immer prekärer werden und AsylbewerberInnen, denen bei knapp 40 € im Monat – oft werden noch nicht einmal diese 40 €ausgezahlt - durch die hohen Buspreise eine noch stärkere Isolation droht. Wenn Bus fahren also ein Privileg wird, ist es ein Teil strukturellen sozialen Ausschlusses bestimmter Bevölkerungsgruppen. Alle, die nach kapitalistischer Verwertungslogik als nicht brauchbar erscheinen, werden als Überflüssige behandelt. Die staatlichen Maßnahmen, die in der Vergangenheit die soziale Deklassierung etwas abmilderten, gehen immer weiter zurück. Der Staat gibt seine Verantwortung dafür auf und schiebt sie den Betroffenen selber zu, als seien sie selber schuld. Gleichzeitig werden jedoch die Möglichkeiten aus eigener Kraft eine gesicherte Existenz aufzubauen geringer. Der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln ist da nur eine Facette des sozialen Ausschlusses.

So finden sich eine Menge Parallelen des entwürdigenden Umgangs mit Arbeitslosen und Flüchtlingen: (1) Beide Gruppen werden in ihrer Bewegungsfreiheit eklatant eingeschränkt, ob durch den Zwang ständiger Verfügbarkeit oder die Residenzpflicht, die das Verlassen des Landkreises verbietet. (2) Sie werden zu unterbezahlten Tätigkeiten gezwungen. Sowohl Flüchtlinge als auch Arbeitslose müssen für 1 € die Stunde arbeiten gehen. (3) AsylbewerberInnen kriegen den größten Teil ihrer Leistungen per se in Form von Gutscheinen, was die Einkaufsmöglichkeiten extrem einschränkt und wieder eine Entwürdigung zur Folge hat. Dieses Gutscheinsystem findet in immer stärkerem Maße auch für Arbeitslose Anwendung. (4) Sie sind der (oft willkürlichen) Behandlung durch die Behörden ausgesetzt, was die Lebensqualität stark einschränkt. (5) Sie sind am stärksten von der Kommerzialisierung von öffentlichen Räumen und Preiserhöhungen, wie zum Beispiel hohen bzw. steigenden Buspreisen, betroffen. Insgesamt lässt sich sagen, dass der strukturelle soziale Ausschluss eine Einschränkung der Selbstbestimmung und der Würde darstellt.

Im Zuge des vierwöchigen Streiks der Flüchtlinge aus Blankenburg im vergangenen Herbst verabschiedete der Stadtrat eine Resolution, in der explizit eine Verbesserung der Busanbindung gefordert wird. Die Busanbindung ist deswegen von besonderer Bedeutung, da das Lager Blankenburg 7 km von Oldenburg entfernt ist. Das Vorenthalten der Möglichkeit für die Flüchtlinge leicht in die Stadt zu kommen, bedeutet eine weitere Verschärfung der Isolation. Daher ist es von großer Bedeutung, dass die Busse häufiger fahren und kostenlos zu nutzen sind. Jetzt muss der Stadtrat zeigen, ob er seine eigene Forderung ernst meint und die politische Verantwortung tragen wird.

Inzwischen folgte auf die Resolution eine Antwort des Innenministers Schünemann. In dieser spricht er sich unverhohlen für eine Flüchtlingspolitik aus, die auf Desintegration, Isolation und Perspektivlosigkeit setzt.

Für Erwerbslose gibt es seit 2002 in Oldenburg keinerlei Ermäßigung für den Bus mehr. In der Regelleistung für ALG II-EmpfängerInnen sind inzwischen nur noch 11,63 € für Fahrten mit Bus und Bahn enthalten. Das reicht, je nach Entfernung zur Stadtmirtte, in Oldenburg gerade einmal für 4-6 Busfahrten im Monat aus. Wer nicht arbeitet, soll scheinbar nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Flüchtlinge und Arbeitslose gehen hier in Oldenburg gemeinsam auf die Straße, um gegen die herrschenden Verhältnisse zu protestieren, in denen Menschen menschenunwürdig behandelt werden. Die Bewilligung des Antrags auf kostenlose Nutzung der Busse für Flüchtlinge und zumindest eine 50 %-ige Ermäßigung für ALG II-EmpfängerInnen kann hier – neben einer Verbesserung der realen Lebensverhältnisse - ein Signal für einen anderen Umgang mit denen sein, die in dieser Gesellschaftsordnung scheinbar keinen Platz haben (sollen).

Arbeitslosen Selbsthilfe Oldenburg (ALSO)
Antirassistisches Plenum Oldenburg/Blankenburg

alles fuer alle
und zwar umsonst!

Nulltarif für Sozilanten!

In den 80er Jahren bliesen Politiker und Medien zur Jagd auf „Asylanten“. Der „Asylant“, der der „Wirtschaftsasylant“, der „Scheinasylant“, der „Asylbetrüger“, das war einer, der sich als Made durch den deutschen Reichtumsspeck fressen wollte. Er war es, an dem sich die Krisenangst im Land festbeißen konnte: Bevor der Arbeitsplatz flöten geht, Steuern und Abgaben weiter erhöht werden, die Mieten weiter steigen, muss ihm der Garaus gemacht werden. Der „Asylant“, das war jemand, den es gar nicht gab, den aber doch jeder kannte, umso weiter weg er vom eigenen Lebensumfeld war. Abzocken wollte der, unsere Wohnungen und Arbeitsplätze besetzen, immer mehr seinesgleichen aus der ganzen Welt nachholen.

Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg
Donnerschweer Str. 55
www.also-zentrum.de

Der „Asylant“, das war kein Mensch wie Du und ich. Das war ein Mensch, dessen Name „Asylant“ schon besagte, dass er kein Recht hatte hier zu sein. Es war jemand, über dessen Hierbleiben nach Maßgabe unserer „Aufnahmefähigkeit“ und „Belastungs-fähigkeit“ entschieden werden konnte. Der „Asylant“, das war jemand, an dem wir gelernt haben, dass das Recht hier zu leben ein Gnadenakt ist, in dessen Genuss nur einige wenige kommen. „Soziale Belastungen“ müssen verringert werden. Das menschliche Leben und das Schicksal des Einzelnen zählen nicht. Der Mensch in der Bundesrepublik hat allenfalls eine schütz-enswerte Würde, wenn er sich als Arbeits-kraft, als Steuerzahler und als Beitragszahler für die Rentenkassen rechnet. Für diese politischen Lernziele eignete sich der „Asylant“ besonders gut, weil er von außen kam. Er war der Fremde, vor dem „wir“ uns schützen mussten, indem wir ihn so schnell wie möglich wieder dahin zurück schicken, woher er gekommen ist.

Mittlerweile ist das Recht auf politisches Asyl weitgehend erledigt. Dieses bekommen Flüchtlinge nur noch im Ausnahmefall, wenn nicht widerlegt werden kann, dass sie praktisch mit dem Fallschirm über Deutsch-land abgesprungen sind. Doch die Bearbeit-ung der Anträge dauert, die Mühlen der Bürokratie mahlen langsam. Manche Bürgerkriege oder organisierte Verfolgungen in anderen Ländern behindern auch nach wie vor die „zügige Rückführung“ der Betroffenen. Bis über den Asylantrag entschieden ist und möglichst ausgewiesen werden kann, werden die Betroffenen in Lagern kaserniert – in Oldenburg z.B. in Blankenburg, ein paar Kilometer vor den Toren der Stadt. Sie erhalten nur noch Gutscheine für Lebensmittel, eine medizinische Schmalspurversorgung sowie ein Taschengeld für alle sonstigen Kosten des Lebens in Deutschland. Zurzeit macht dieses Taschengeld z.B. für allein lebende Erwachsene rund 40 €, für den/ die Partner/-in und die Kinder noch weniger aus. Davon kann niemand Busfahrkarten kaufen, um die bedrückende Lagersituation einmal zu verlassen und vom Lager in Blankenburg in die Stadt fahren, um am normalen Leben wenigstens am Rand teilnehmen zu können!

Seit den 90er Jahren blasen nun Unternehmerverbände, Politiker und Medien zur Jagd auf „Sozilanten“. Der „Sozilant“ ist jemand, der den nationalen Reichtum von innen bedroht. Vorzugsweise, indem er arbeitslos ist. Er „erschleicht“ Sozial-leistungen, er „missbraucht“ die Solidar-gemeinschaft, er will nicht arbeiten, er ist ein „Sozialbetrüger“. Oder er frisst uns Jüngeren in Form des immer noch nicht sterbewilligen Rentners die Haare vom Kopf. Möglicherweise studiert er auch, ohne die dafür nötigen reichen Eltern zu haben. Nun reden die großen Parteien und ihre kleinen Anhängsel von FDP und Bündnisgrünen nicht von „Sozilanten“, sondern - anknüpfend an die Debatte um den „Asylmissbrauch“ - von „Sozialmissbrauch“, „Sozialbetrügern“ und „Sozialkriminalität“. Jetzt geht es also auch gegen den inneren Wohlstandsfeind.

Nichts anderes bedeutet es, wenn ange-sichts der größten Massenarbeitslosigkeit seit 1932 – trotz guter Wirtschaftskonjunktur! – und 6 bis 7 Mio. in der Bundesrepublik Deutschland von Armut betroffenen Menschen über „Sozialbetrug“ geredet wird, und nicht etwa über eine ausreichende soziale Absicherung von Arbeitslosen und Armen. Oder über das Scheitern einer Arbeitsmarktpolitik, die seit mehr als 20 Jahren auf sinkende Löhne und sinkende Abgaben bei dramatisch wachsenden Gewinnen für Unternehmen und eine reiche und raffgierige Oberschicht setzt. Der Sozilant, dass ist der „Scheinarbeitslose“, der „Scheinkranke“ oder der „Scheinbedürftige“, der dafür verantwortlich sein soll, dass der Reichtum in diesem Land immer ungleicher verteilt wird, weil Unternehmer und Wohlhabende keine Steuern und möglichst wenig Lohn zahlen wollen. Der Sozilant, dass ist der Erwerbslose, der schon

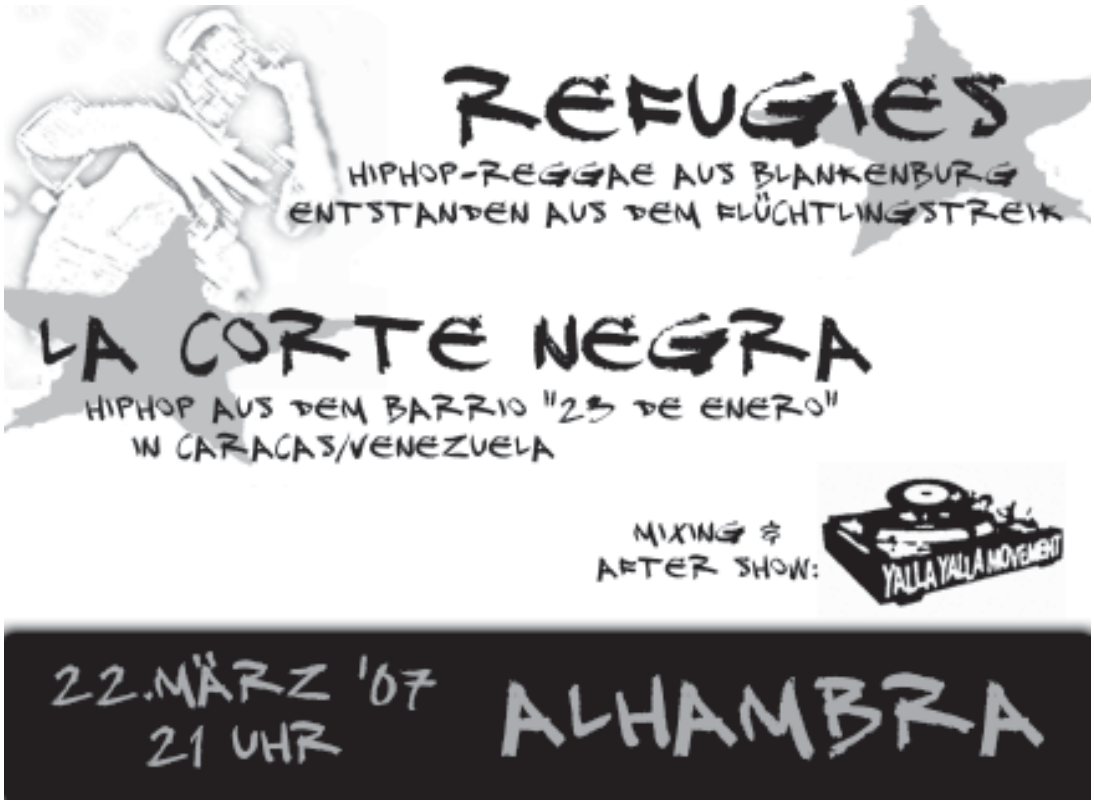
deshalb des Betrugs verdächtigt werden kann, weil er von den im Lauf der letzten 30 Jahre immer weniger gewordenen Arbeitsplätzen keinen abbekommen hat.

Mittlerweile hat man die gesetzliche Rentenversicherung sturmreif geschossen und die Studierenden ordentlich mit Gebühren belegt. Mit der endgültigen Privatisierung der Krankheitskosten hakt es noch ein bisschen. Aber zumindest für Arbeitslose konnte eine Schmalspur- Grundsicherung durchgesetzt werden, die diesen kaum noch Geld zum Leben lässt, wenn diese – je nach vorheriger Dauer der Erwerbsarbeit – nach 6 bis 12 Monaten aus dem Arbeitslosengeld fallen (bei 55- 65Jährigen erst nach höchstens 18 Monaten Arbeitslosengeld). Oder wenn sie schon länger keine die Existenz sichernde Arbeit mehr hatten. In Oldenburg sind dies rund 70% aller Erwerbslosen. Diese bekommen jetzt nur noch Arbeitslosengeld II bzw. „Hartz IV".

Zwar müssen Arbeitslose im Bezug von Arbeitslosengeld II nicht in Lagern leben (obwohl der hessische Ministerpräsident Koch schon einmal Vorschläge gemacht hat, die in diese Richtung gingen). Aber ihre Regelleistung, von der sie z.B. Strom, Lebensmittel, Zuzahlungen im Gesundheitswesen und kleinere Anschaffungen leisten sollen, reicht kaum noch zum Überleben. Für allein stehende Erwachsene beträgt die Regelleistung z.B. 345 €, für Partner/-in, Kinder und zuhause lebende junge Erwachsene ist sie noch deutlich geringer. In der Regelleistung für allein stehende Erwachsene sind gerade noch 11,63 €für Fahrten mit Bus und Bahn enthalten. Das reicht, je nach Entfernung zur Stadtmitte, in Oldenburg gerade einmal für 4- 6 Busfahrten im Monat aus (für Partner/-in und Kinder ist das noch weniger). Eine Teilhabe an der Gesellschaft ist damit nicht mehr möglich, wenn betroffene Arbeitslose nicht noch aus besseren früheren Zeiten ein Fahrrad oder ein Auto haben, für deren Unterhalt allerdings in der Regelleistung auch so gut wie nichts vorgesehen ist.

Möglich wird die politische, materielle und soziale Ausgrenzung von Arbeitslosen und Flüchtlingen in diesem Land, weil sie nicht als gleichwertige Menschen angesehen werden, die ein eigenständiges Recht auf ein vernünftiges Leben haben. Wer nicht arbeitet, bei dem entscheiden die gesellschaftlichen Spitzen nach Maßgabe ihrer Zahlungsfähigkeit, wie wenig ihm oder ihr noch zum Essen und zu den sonstigen Ausgaben für das Leben bleiben. Die Daseinsberechtigung in dieser Gesellschaft hängt an einem silbernen Faden, wenn man nicht arbeiten darf, weil ausreichend Arbeitsplätze fehlen oder wenn, wie bei Flüchtlingen, die normale Arbeitsaufnahme untersagt wird.

Wir wollen uns damit aber nicht abfinden. Wir, Arbeitslose, prekär Beschäftigte und Flüchtlinge, fordern eine ausreichende soziale Absicherung, unabhängig von Herkunft und Geschlecht. Dazu gehören auch ausreichende Mittel für unsere Mobilität. Konkret fordern wir von der Stadt Oldenburg für Flüchtlinge den Nulltarif in den Bussen der Verkehr und Wasser GmbH (VWG). Dies fordern wir auch für Arbeitslose im Bezug von Arbeitslosengeld II, mindestens aber eine 50%ige Fahrtkostenermäßigung für Fahrten von Arbeitslosen mit den Bussen der VWG. Das Geld dafür ist im Haushalt der Stadt Oldenburg vor-handen. Wir sind aber auch gerne bereit entsprechende Deckungsvorschläge zu machen, wenn es der Mehrheit der Ratsmitglieder dazu an eigener Kreativität mangelt.



Lust auf Freiheit

Unsere Geschichte als **Klassenkampf** von unten **verteidigen**

Von Inge Viett

Was müssen wir uns eigentlich noch von dem medialen Mob der Springer-, Bertelsmann-, Spiegel- und TV-Mogule gefallen lassen? Daß von BZ und anderen aufgewiegelte Durchgeknallte (wie damals Josef Bachmann, der Attentäter von Rudi Dutschke) einer Aufforderung zu Lynchmord mit präziser Ort- und Zeitangabe nachkommen? Diese schreibenden Hofschranzen des Kapitalismus; mit der Macht der Konzerne im Rücken betreiben sie vereint die Diabolisierung von Widerstand, von Verhetzung durch primitivste Diffamierung der letzten Gefangenen aus der RAF. Das ist nicht nur feige und bösartig, es ist die erprobte Jauche, mit der die Köpfe der Massen im Faschismus, davor und danach gedüngt wurden. Die Saat ist bekannt. Auch die gegenwärtige: Rassismus, Kriegseinsätze, Folter, Lager, Geheimgefängnisse usw..

Auch wenn wir uns hüten müssen, die veröffentlichte Meinung für die Meinung der Menschen zu halten, stoßen wir doch selbst im linken Milieu immer stärker auf die Wirkungen ihrer Denunziationskampagnen. Die herrschende Kultur- und Medienmaschinerie baut auf das Unwissen und Halbwissen der Jungen.

Mit der Komplizenschaft der alten Intellektuellengarde, die zu ihr übergelaufen ist, zermahlt sie die kurze, aber heftige 68er Geschichte und die Akteure des revolutionären Aufbruchs und Ausbruchs aus der deutschen nachfaschistischen und kapitalistischen Kontinuität. Ein schmutziger Brei aus plumper Verteufelung (Bild-Zeitung), herrschaftsdummer Psychologisierung (Kraushaar/Reemtsma) (1), unsäglicher Verlogenheit, Heuchelei und triefender Dummheit rinnt durch die bürgerlichen Medien.

Die deutsche Elite und all ihre medialen Wasserträger haben kein Problem mit ihrer faschistischen Geschichte, deren Akteuren, deren Ungeheuerlichkeiten, deren Millionen Toten. Sie haben kein Problem mit den heutigen Kriegen, die für ihren Reichtum und für ihre Macht die Welt und die Menschen verwüsten. Sie haben kein Problem damit, daß weiterhin Millionen leiden, hungern und sterben, damit ihre Macht, ihr Reichtum erhalten bleibt. Sie kennen keine Reue, sondern nur Wiederholungen, sie kennen keine Entschuldigungen, nur Rechtfertigungen für ihre ehemaligen und jetzigen Verbrechen oder deren Verheimlichung; sie verunglimpfen die Opfer und ehren die Täter, benennen öffentliche und nichtöffentliche Orte nach ihnen. Alles kein Problem.

Aber sie haben ein ungeheuerliches Problem damit, daß es vor vierzig Jahren eine kleine Schar von Menschen gab, die entschlossen den Kampf gegen sie und ihr kapitalistisches Machtsystem aufgenommen hatten. Die letzten politischen Gefangenen aus diesem Kampf haben ihre juristische Strafe abgesessen, und die Medien feuern den deutschen »Kopfab«-Mob an, die Gefangenen mit »ihrem gesunden deutschen Volksempfinden« draußen zu empfangen. – No pasaran!

Symbole zurückgewinnen

Es wird immer schwieriger, die Geschichte des antifaschistischen Widerstands und unsere nachfolgende Widerstandsgeschichte der herrschenden Denunzierung und dem Verrat zu entreißen. Und es wird auch immer schwieriger, die grundsätzlich moralische Notwendigkeit von Rebellion zu behaupten – als kollektiver Akt der Menschenwürde gegen die Unterwerfung unter eine unwürdige kapitalistische Gesellschafts- und Menschheitsentwicklung. Schwierig nicht deshalb, weil uns die Erinnerung abhanden kommt, sondern weil die Unterwerfung bereits so komplex, so daseinsförmig ist, so innerlich und selbstverständlich, daß eine unbändige Rebel-lion Befremden, Nichtbegreifen oder bestenfalls nüchternes Interesse hervorruft, wie ein Gegenstand, der untersucht und verwertet gehört, wie jedes andere Ding auch.

Unzählige junge Leute haben Examen und Doktorarbeiten über den bewaffneten Widerstand geschrieben, Filme und Kunst darüber gemacht, oft mit Sympathie, aber ohne eine Spur der eigenen Auflehnung, ohne eine Spur von Lust und Ahnung auf Freiheit jenseits des kapitalistischen Seins.

Unsere Begriffe und Symbole, für uns leidenschaftliche Antizipation eines anderen Lebensentwurfs, angefüllt mit geschichtlicher Inspiration, bezogen auf die historische Unbeugsamkeit der Klassenkämpfe auf der ganzen Welt, waren unsere verbalen Waffen, die den Gegner kennzeichneten und den Verbündeten Solidarität und Gemeinsamkeit signalisierten. Sie stehen heute im Dienst der Herrschenden. Ihre Hüllen baumeln am ideologischen Kanthaken der imperialen Räuber und ihrer Medienhorden, ihrer Hofhistoriker und Systemexperten. Unsere Begriffe und Symbole werden mit Assoziationsketten gefüllt, die aus der Waren- und Kriegswelt stammen – aus dem Reich der Zombies. Geht alles in der Gehirnwäsche verloren? Müssen wir neue Begriffe finden, um Freiheit wieder fühlbar zu machen? Ich weiß noch keinen, der nicht schon eingefangen ist. Aber Revolution heißt für mich noch immer: Umsturz aller Verhältnisse, die aus dem Menschen ein geknechtetes, unterworfenes Wesen machen, was immer die Knechtschaft für ein Gesicht hat: Armut, Ausbeutung, ökonomistische Lebenszurichtung, Terror, Faschismus oder Krieg.

Revolutionäre Politik heißt für mich noch immer: eine Praxis machen, die dieses elendige System grundsätzlich verneint, ihm grundsätzlich jeden moralischen Impetus abspricht, die sich grundsätzlich auf die Seite derer stellt, die von diesem

System niedergehalten, gequält, verwertet werden, und die sich dagegen verweigern, auflehnen, es bekämpfen. Revolution ist nicht 1989, ist nicht orange, hat nichts, gar nichts zu tun mit den Gefechten um Anschluß an die imperialistischen Machthaber. Solidarität, Kollektivität, Selbstbe-stimmung, soziale Gerechtigkeit für alle Menschen sind immer noch Sinn und Ziel revolutionärer Politik. Der Kapitalismus ist die Antithese zu all dem.

Wieso nur wir?

1970 war für uns der politisch/militärische Angriff der angemessene Ausdruck für unseren Widerstand gegen den Kapitalismus. Das war für uns eine natürliche Sache, denn die weltweite Dynamik der Klassenkämpfe schien einen Sprung an die Kehle des Imperialismus zu machen. Unzweifelhaft hatte die revolutionäre Gewalt der antikolonialen und nationalen Befreiungsbewegungen den Imperialismus erschüttert und teilweise zurückgedrängt. Revolutionäre Gewalt hatte – zu Recht – eine moralische, befreiende Ausstrahlung. Warum sollten wir nicht versuchen, aus der Revolte, die in den sechziger/siebziger Jahren doch eine ganz schöne Masse in den kapitalistischen Staaten ergriffen hatte, einen grundsätzlichen Angriff auf das System werden zu lassen? Warum sollten wir nicht die -Chance wahrnehmen? Revolten in Deutschland sind seltene Lichtschächte im autoritären Geschichts-tunnel, und sie wurden stets schnell wieder zugeschüttet. Auch wir hatten keine Chance, aber das mußten wir erst rauskriegen.

Die heutigen Fragen: Wieso habt ihr zu den Waffen gegriffen? Was und wer hat euch legitimiert? etc., möchte ich immer häufiger mit der Gegenfrage beantworten: Wieso haben nur wir – ein paar Hände voll – zu den Waffen gegriffen? Wieso sind Zigtausende, die auf dem Weg waren, zurückgefallen,

– obwohl sie begriffen hatten, in welch verbrecherischem Gesellschaftssystem ihr Leben verdingt wird, mit welchen tödlichen Methoden es sich erhält und ausbreitet,

– obwohl auch sie dieses schwache Moment, diese Kriese, in der Geschichte des Kapitalismus erkannt hatten, seine momentane Defensive ...

– obwohl – und das ist der entscheidende Unterschied zu heute – die noch existenten Alternativen zum Kapitalismus eine gewisse ideologische und materielle Rückendeckung gaben. Es gab philosophische Horizonte und Häfen für unsere Anstrengungen.

Gewiß, auch mit den Zigtausenden hätten wir die Schlacht nicht gewinnen können, aber den »Geistesheroen der Konterrevolution«, wie Lutz Schulenburg so schön sagt, wäre es bedeutend schwerer geworden, den bewaffneten Widerstand als politische Verirrung und persönliche Verwirrung einiger »Terroristen« aus seinem politischen, sozialen und geschichtlichen Bezug zu lösen.

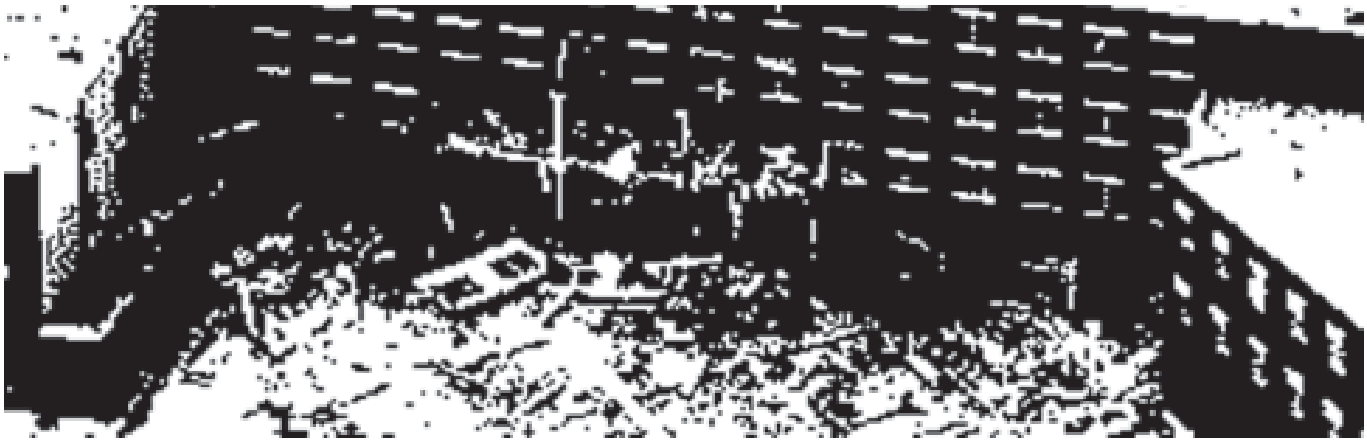
Wem fühlten wir uns verbunden? Im Großen allen, die sich auf jede Weise gegen die Herrschaft der Sklavenhalter, der Reichen und ihrer politischen Klasse, ihrer Bürokraten, ihrer Bullen, ihrer imperialistischen Gelüste zur Wehr setzten.

Klassenmäßig, ideologisch eher dem Subproletariat und der Subkultur. Die aus dem Verwertungskreislauf geschleuderten oder Ausgestiegenen, die in Heimen und Knästen Kasernierten, die Überflüssigen, die Prekarisierten – wie sie heute bezeichnet werden. Einige von uns hatten sich in sozialen Projekten auf diesem Gebiet politisiert; Heimarbeit, Gefangenenarbeit etc. Aber wir bezogen uns durchaus auch auf das Proletariat, seine klassenkämpferische Geschichte, und wir hielten es für möglich, sie der systemintegrierten Gewerkschaftspolitik zu entreißen. Ja, wir hatten große Träume und leider keine Strategie.

Wir waren »massenfreundlich« trotz des schmählichen Verrats der Arbeiterklasse an der Menschlichkeit während des Faschismus. »Massenfreundlich« hieß für uns »arbeiterfreundlich«, und das Versagen der Arbeiterklasse, das Überlaufen zur Unmenschlichkeit im Faschismus haben wir als Versagen der Politik der KPD identifiziert: ihre hierarchische Führung, also mangelnde emanzipative Strukturen, legalistisches Bewußtsein, Abhängigkeit von stalinistischer Politik, Furcht vor dem bedingungslosen Kampf usw. Wir haben wenig, zu wenig differenziert. Als wären die Arbeiter nicht genauso von faschistischen und kapitalistischen Werten deformiert gewesen wie die Mehrheit der übrigen Bevölkerung. Aber die Arbeiter waren einfach die Guten, aufgrund ihrer potentiellen Gegenmacht. Soweit waren wir Marxisten.

Den Intellektuellen – auch den linken – sind wir mit proletarischem Mißtrauen begegnet. Ihre Anfälligkeit für Verrat in schwierigen Phasen des revolutionären Kampfes ist eine historische Tatsache und exemplarisch auch in unserer Zeit verlaufen. Den wenigen Intellektuellen, die geistige Partisanen geblieben sind, sei Abbitte geleistet.

Aus unserer Bausch-und-Bogen-Verachtung hat sich ein ideologischer Proletarierkult entwickelt, über den wir zwar selbst gelacht haben, der sich aber doch festgesetzt hat. Was nicht heißt, in der Bewegung 2. Juni wären nur Genossinnen und Genossen aus dem proletarischen Milieu organisiert gewesen. In unserer revolutionären Praxis als Stadtguerilla waren die Klassenhierarchie und die Geschlechterhierarchie überwunden. Im übrigen



gehörte zu unserem Anspruch an den »neuen Menschen« die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, was für uns konkret bedeutete, uns das nötige Maß an Theorie und Abstraktionsvermögen zu erarbeiten.
Unser ganz konkretes politisches Umfeld war die damalige undogmatische Berliner Linke, die nach dem Auseinander-fallen der APO den Weg der Partei- und K-Gruppengründungen nicht mitgehen wollte. Die, basisdemokratisch organisiert, sozial-politische Stadtteilarbeit machte und der Unterstützung des illegalen, bewaffneten Kampfes aufgeschlossen war. Wir verstanden uns als bewaffneter Arm der legal agierenden, sich noch als Bewegung begreifenden undogmatischen Linken. Unser Konzept der fließenden Verbindung legaler und illegaler Zellen hat nur eine kurze Zeit wirklich fruchtbar funktioniert. Das sichtbare Beispiel dafür war die Gefangenenbefreiung durch die Entführung von Peter Lorenz (2). Wieder beginnen die Grenzen einer politischen und logistischen Basis in einer sich mehr und mehr zersplitternden linken Bewegung, in einer eingeschlossenen Stadt, waren schnell erreicht. Wir waren dem perfektionierten Fahndungsdruck nicht mehr gewachsen, machten Fehler. Die gegnerische Durchleuchtung und Durchsetzung der politischen Szene grub uns das Wasser ab. Die Sympathie für uns war zwar immer noch da, aber sie materialisierte sich nicht mehr ausreichend. Wir hatten keine politische Organisation aufgebaut, die in der Legalität eine revolutionäre Strategie propagierte und die illegale Organisation politisch unterstützte. Das war ein fundamentaler Mangel. Wir landeten nahezu alle im Knast. Einige konnten wieder entkommen.
Was dann an bewaffneten Aktionen folgte, war der Versuch, die wenigen Kräfte, derer wir uns sicher waren – und das waren die eigenen –, gegen die imperialistische Machtmaschine in Stellung zu bringen. Das war der Punkt, an dem unser Handeln desperat und hoffnungslos wurde. So hoffnungslos wie die Politik der legalen Linken, deren revolutionäre Träume ebenfalls im tiefen Rückschwung waren. Rückwärtsblickend frage ich mich, ob und wann wir den Rückzug hätten antreten müssen, und ob ein Rückzug strategische Chancen hätte beinhalten können. Für die illegalisierten Kämpferinnen und Kämpfer wäre der Rückzug kaum eine annehmbare Option gewesen, weil sie im legalen Raum der BRD nur die Perspektive von Knast oder Verrat gehabt hätten oder das Exil. Eine Linke, die sie als politische Akteure hätte aufnehmen und absichern können, gab es nicht.
Aber auch, wenn wir sagen, in einer politischen Entscheidung, die aus gesamtprozessualer Verantwortung getroffen werden muß, kann es nicht um die persönlichen Optionen der Akteure gehen, sondern um die Notwendigkeit, neue Ansätze für revolutionäre Politik zu finden, wäre dies realistisch gewesen? Nein.
Ein Vierteljahrhundert erfolgreiche Weiterentwicklung imperialistischer Unterdrückungs- und Herrschaftsformen, Krieg, Eroberung, Terror, Folter, Raub, Überwachung, Zerschlagung so-zialer Errungenschaften, die Zerstückelung, Desorientierung und Pazifizierung der Linken durch eine gigantische Manipulationsmaschinerie, die wir einmal angetreten sind zu zerschlagen, die jetzt betrieben wird von den Aufgesogenen, den ehemaligen Aufsässigen, den Überläufern, die unsere Begriffe und Symbole mit hineingenommen haben und sie jetzt für sich arbeiten lassen, all dies läßt den Schluß zu, daß dem Guerillakampf in der BRD und in allen imperialistischen Staaten verdammt mehr Erfahrung, Klugheit, Ausdauer und Unterstützung zu wünschen gewesen wäre.
Jetzt hat sich das irrationale Monster entwickelt, und wir beginnen – vor Schwäche noch taumelnd – wieder von vorn mit dem Suchen nach adäquaten Strategien, ihm beizukommen. Immerhin wir sind schon wieder Millionen.

aus:JUNGE WELT

Der Text erscheint demnächst in der Zeitschrift Die Ak-tion– Guerilla-Monolog (III) im Verlag Edition Nautilus.

Inge Viett ist ehemalige Aktivistin der Bewegung 2. Juni und der RAF. Sie ging 1982 aus dem Untergrund in die DDR ins Exil

aus aktuellem anlass dokumentiert:

»Das geht anders«

Christian Klar, ehemaliger Ange-höriger der Rote-Armee-Fraktion (RAF), seit 1982 inhaftiert und 1985 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, wandte sich im Januar 2007 mit einer Erklärung an die Teil-nehmerInnen der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz:
“Liebe Freunde, das Thema der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz »Das geht anders« bedeutet – so verstehe ich es – vor allem die Würdigung der Inspiration, die seit einiger Zeit von verschiedenen Ländern Lateinamerikas ausgeht. Dort wird nach zwei Jahrzehnten sozial vernichtender Rezepte der internationalen Besitzerklasse endlich den Rechten der Massen wieder Geltung gegeben und darüber hinaus an einer Perspektive gearbeitet. Aber wie sieht das in Europa aus? Von hier aus rollt weiter dieses imperiale Bündnis, das sich ermächtigt, jedes Land der Erde, das sich seiner Zurichtung für die aktuelle Neuverteilung der Profite widersetzt, aus dem Himmel herab zu züchtigen und seine ganze gesellschaftliche Daseinsform in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Die propagandistische Vorarbeit leisten dabei Regierungen und große professionelle PR-Agenturen, die Ideologien verbreiten, mit denen alles verherrlicht wird, was den Menschen darauf reduziert, benutzt zu werden.
Trotzdem gilt hier ebenso: »Das geht anders«. Wo sollte sonst die Kraft zu kämpfen herkommen? Die spezielle Sache dürfte sein, daß die in Europa ökonomisch gerade abstürzenden großen Gesellschaftsbereiche den chauvinistischen »Rettern« entrissen werden. Sonst wird es nicht möglich sein, die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen.
Es muß immer wieder betont werden: Schließlich ist die Welt geschichtlich reif dafür, daß die zukünftigen Neugeborenen in ein Leben treten können, das die volle Förderung aller ihrer menschlichen Potentiale bereit-

Hüllenlose Überwachung

(von: Heise.de)

Mit insgesamt mehr als vier Millionen Überwachungskameras zählt Großbritannien bereits heute zu den weltweit führenden Überwachungsgesellschaften. Der durchschnittliche Brite wird jeden Tag rund dreihundert Mal[1] von einer Überwachungskamera gefilmt – und künftig will ihm der Staat offenbar auch unter die Wäsche schauen. Die Tageszeitung The Sun[2] zitiert am heutigen Montag aus internen Papieren, aus denen hervorgeht, dass das britische Innenministerium den flächendeckenden Einsatz versteckter Kameras auf Straßen und Plätzen befürwortet, die mit Terahertz-Strahlung arbeiten und die Kleidung von Passanten durchdringen können.

Eingesetzt werden solche Durchleuchtungssysteme bereits an Flughäfen oder auch von der britischen Polizei, die damit beispielsweise bei Razzien im Londoner Nachtleben nach am Körper versteckten Drogen sucht. Unauffällig in Laternen eingebaut, könnten solche Kamerasysteme vor allem die Suche nach Waffen und Sprengstoffen erleichtern, halten die Verfasser des Berichts fest. Vorbehalte der Bürger gegen heimliche Nacktaufnahmen wollen sie unter anderem damit entgegen, dass Aufnahmen von Frauen nur durch weibliche Sicherheitsmitarbeiter gesichtet werden dürfen – was bei der Beobachtung von Plätzen technisch aber wohl kaum machbar sein dürfte.

Entwickelt werden die Personen-Scanner unter anderem von QinetiQ[3], einem aus der britischen Militärforschungsorganisation DERA (Defence Evaluation and Research Agency) hervorgegangenen Unternehmen, das seit Februar 2006 an der Londoner Börse gelistet ist und an dem das britische Verteidigungsministerium noch einen Anteil von knapp 20 Prozent hält. Im Programm hat QinetiQ auch Produkte zur Gesichtserkennung, zur automatischen Kennzeichenerfassung sowie Bewegungserkennungs-Software. Mit Militärtechnik- und Big-Brother-Produkten erzielte das Unternehmen im Geschäftsjahr 2005/06 (Ende: 31. März) einen Gewinn vor Steuern in Höhe von rund 121 Millionen Euro.

[1] http://www.heise.de/newsticker/meldung/80487
[2] http://www.thesun.co.uk/article/0,,2-2007040610,00.html
[3] http://www.qinetiq.com

KRIEG IN KOPENHAGEN

Infoblatt ber die Ausnahmezustand in Kopenhagen Marts 2007

Ausnahmezustand in Kopenhagen: *1.Marts 2007 und die folgende Tage kam es in Kopenhagen, vor allem im Nørrebro zu schweren Ausschreitungen. Autos wurden angezündet. Der Strom wurde abgetrennt so dass ganze Strassenzuege in Dunkelheit fielen. Barrikaden in den Straßen um Ungdomshuset und Christiania wurde errichtet. Die Polizei reagierte mit der Stürmung mehrerer Szene-Anlaufstellen und hat im Praksis Nørrebro in Ausnahmezustand erklärt. Die Gefängnisse sind jetz voll nach viele Massenverhaftungen und farceartige Prozesse.*

Ungdomshuset in Kopenhagen zerstört

Am 01. März um 7 Uhr begannen Einsatzkräfte der Polizei das Ungdomshuset in Kopenhagen zu räumen. Es gab viele Verletzte, einige unter ihnen auch schwer. Europaweit gab es Solidaritätskundgebungen, ausser überall in Deutschland und Skandinavien, auch in Österreich,Polen, England, Ungarn, Türkei und sogar in Brasilien.

Die Räumung begann um 7 Uhr morgens. Die Polizei rückte mit schweren Räumfahrzeugen und Kränen an. Unterstützt wurde sie durch dänische Anti-Terror-Einheiten, die sich mit zwei Hubschraubern Zugang über das Dach verschafften. Zeitgleich hob ein Kran einen Container, in dem sich Einsatzkräfte befanden, an die Hauswand und diese stiegen durch Fenster und/oder Wände in das Ungdomshuset ein. Noch eine Stunde später war lautes Gebrüll und Lärm im Haus zu vernehmen, was darauf schliessen lässt, dass es einige Zeit gedauert hat bis das Haus durch die Polizei unter Kontrolle gebracht wurde.

Nach der Räumung bekannt werden versammelten sich Unterstützer in ganz Kopenhagen um Barrikaden zu errichten und sich mit den Ungdomshuset solidarisch zu zeigen. Die Polizei geht äusserst agressiv vor. Fussgänger, Radfahrer und Autos, die der Polizei verdächtig vorkommen werden durchsucht. Unterstützer die aus anderen Städten anreisen, werden in Zügen sowie in ihren Autos durchsucht und evtl. auch zurückgeschickt. Im Augenblick scheint in Kopenhagen an allen Ecken und Enden etwas zu passieren. Mit dem Auto in die Stadt zu kommen ist auf Grund vieler Barrikaden fast unmöglich. Für 14.00 war eine Reclaim The Streets angesetzt. Unterstützer haben ein Zelt aufgebaut aus dem heraus sie Tee und Essen verkaufen.

Im Nacht kam es zu schweren Ausschreitungen. Im gesamten Stadtgebiet kam es zu schweren Strassenschlachten in denen DemonstrantInnen Steine und Molotow-Coctails auf die Polizei warfen. Die Polizei setzte Tränengas ein. In Christiania bedrohten Zivi-Beamte Personen mit Pistolen als diese die Beamten mit Baseball-Schlaegern angriffen. Die Polizei hat nun Verstaerkung aus Schweden und anderen Orten herangezogen. Die rechtsextreme Dänische Volkspartei wünscht das Militär einzusetzen.

Samstag Morgen wurden überall in der Stadt wichtige Infopunkte von der Polizei gestürmt und die Menschen festgenommen. Auch das "Solidaritätshaus", in dem sich eine grosse Hauptgruppe des ABC (Anarchist Black Cross) - die Solidaritätsorganisation wie die Rote Hilfe in Deutschland - befand, wurde gestürmt. Ein grosser Teil an Mitgliedern dieser Organisation die sich um die Gefangenenbetreuung kümmert waren in diesem Gebaeude untergebracht oder waehrend der Räumung in Ungdomshuset. Auch das bekannte "Bumzen-Kollektiv" in der Nähe von Ungdomshuset wurde mit Tränengas gestürmt und alle Personen festgenommen. Die gesamte Situation ist weiterhin angespannt.

Montag fängte der Abriss der Ungdomshuset an. Es bedeutet das Ende für einen mehr als 100 Jahre alte Treffpunkt der Zentral für die Europäische Arbeiterbewegung und Frauenbewegung als wohl als die kreative kulturelle Szene war. Um diese Zerstörung durchzuführen waren in 4 Tage mehr als 650 menschen festgenommen und Dänemark in ausnahmezustand. Der Aufbau der totale Polizeistaat um alle Spuren von linke Wiederstand oder nur alternative Lebensformen zu ausradieren ist die politische Praxis der dänische Regierung, der von eine neofascistiske Partei kontrolliert wird, und konsequent die Menschenrechte verletzt. Diese Infoblatt erzählt von die erste 5 Tage dem Krieg.

Updates auf: http://indymedia.dk | http://de.indymedia.org | http://ungeren.wordpress.com | http://modkraft.dk | http://ungdomshuset.dk

Ein Geschlossene Polizeistaat

Die Polizei in Kopenhagen hat ihren Kollegen an der Grenze zu Deutschland mitgeteilt dass sie die Kontrollen an den Grenzen erweitern sollen. Wenn ein konkreter Verdacht besteht, dass welche auf dem Weg nach Kopenhagen sind, werden sie wieder zurück geschickt. Das sagte die Chefin der Kopenhagener Polizei Hanne Bech Hansen. Es wird auch davon berichtet das autonom aussehende Personen in den Zügen kontrolliert werden, und auch Autos werden in Dänemark kontrolliert. An der Grenze auf der Autobahn bei Flensburg ist nur eine Spur geöffnet, damit die Polizei alle Autos und Lastwagen kontrollieren kann.

Die Justizministerin Lene Espersen hat jedoch keine Anfrage der Polizei für verschärfte Kontrollen erhalten. Sie sagte auch dass die Möglichkeit bestünde die Grenzen zu schliessen, dies ginge jedoch erst nach einer konkreten beurteilung der Situation.

Polizei verhindert Erste Hilfe

Wie auf politiken.dk zu lesen ist, hat die Kopenhagener Polizei Freitag Nacht drei MitarbeiterInnen des Netzwerkes "Gadens Førstehjælp" (Erste Hilfe der Straße), dessen Arbeit und Neutralität der Polizei bekannt ist, von einer verletzten Person, die sie gerade behandelten, weggezerrt und anschließend verhaftet, obwohl die Sanitäter am Kopf, auf dem Rücken und an den Armen markiert sind. Gleichzeitig wurden zwei weitere MitarbeiterInnen daran gehindert, eine über- oder angefahrene Person zu behandeln.

Der Polizeisprecher meinte dazu: "Wenn wir sagen, dass ein Gebiet geräumt werden soll, dann muss es geräumt werden." Gadens Førstehjælp äußerte sich in einer Pressemeldung: "Es ist erschütternd, dass wir daran gehindert werden, zu helfen. Es ist erschreckend, dass die Polizei so gewaltsam agiert."

Die Flucht des 13-jähriges Andreas

Viele demonstranten waren keine Jugend oder „hater kern" Linksaktivisten. Andreas, 13, war eines kleines Sinnbild des Befreiungskampfs, als er festgenommen war Donnerstag Morgen - und entfloh.

"*Scheisse*", denkt Andreas. Er sißt in einer Pfütze zusammen mit anderen DemonstrantInnen bei Nørrebro Kreisverkehr in der nähe von Ungdomshuset. Seine Hände sind hinter seines Rücken in Plasthandfesseln. Er ist nass. Er steht auf um seine Baggypants zu korrigieren. Und da, in einem Moment mit Dreistigkeit, sieht er eine Chance!

In Zick-Zack lauft er wild durch die Reihen von Polizisten die versuchen ihn wieder zu fangen. „*Koooommt! Laaaauf! Du kann es tun!*" Laut die Beifallsrufe der DemonstrantInnen auf die andre Seite der Polizeikette.

Genau als Andreas die maskierten Aktivisten erreicht, wird er von ein Polizist geschlagen und in der Menschenmenge gedrängt. Er fallt mit dem Kopf im Asphalt und hat seine Augenbraue zerbrechen.

Die DemonstrantInnen hilfen ihn auf. Sie abscheiden die handfesseln und flüchten mit ihm durch Jagtvej. Er kommt in Sicherheit und wird im Krankenhaus mit 7 Fäden nähen.

Eigentlich war Andreas nur da für einen Friedlichen Protest gegen die Räumung des Ungdomshuset. Er war da mit seine Mutter und Bruder. Aber als die Polizisten fängte an seine Mutter zu beschimpfen und drängeln, kam Andreas und seiner 14-Jährige Bruder im Streit mit die Polizisten. Dann wurden sie alle drei festgenommen.

Am selben Tag war - ausser Andreas und sein Bruder - zwei 14-jährige Mädschen festgenommen.

Ein 13-jähriges Mädschen war von 4 Polizisten mehrmals brutal geschlagen, als sie in die selbe protest bei Nørrebro Kreisverkehr war. Ihre Mutter versuchte sie zu hilfen, aber wurde dann festgenommen. Noch ein gleichartiges Geschichten ist von einem 13-jährigen Junge, der von Polizisten mit Knüppeln geprügelt war, als er von seine Mutter getrennt wurde. Auch hier wurde die Mutter festgenomen als sie versuchte ihre Kind zu hilfen.

Gerichtsverhandlungen eine Farce

Zuhörer der Haftprüfungstermine für festgenommene aus den Krawalle in Kopenhagen Donnerstag bezeichnen sie als eine Farce. Die Termine war Freitag Abend und waren verhandeln in Gruppen von sechs Personen.

Die Entscheidungen von Gefängnis war aus sehr schwache Indizien basiert, und die Angeklagten waren die Möglichkeit eigene Unterlagen zu anwenden verweigert, laut eine Quelle von Modkraft.dk.

Mehrere von die Festgenommene sagte im Gericht, dass sie eigene Fotos und Video hatte, die ihre Unschuld beweisen könten. Aber das Polizei hatte alle Handys und Kameras beschlaggenommen, und hatte „kein Zeit" es zu finden vorher die Gerichtsverhandlungen.

Die Unterlagen der Polizei war auch sehr schwach. Es gab Bildern aus TV2 News und eine Erklärung aus ein Polizist, dass er alle die Personen, die in einem Cirkel auf ein Bild waren, mit Steine werfen gesehen hatte.

Trotz diese Schwache Fall entscheidete der Richter sich über die Festgenommene die Haft zu verhängen. „Es sah aus als ob der Richter sich von vornherien entscheidet hatte, sagt ein Zuhörer".

Die Verteidiger genannte diese Gerichtsverhandlungen eine rechtliche Farce, und sagten dass die Menschenrechte die Festgenommene verletzen sind.

Es gab keine Presse bei die Verhandlungen.

Nachrichten von Politiken.dk, Modkraft.dk und Nyhedsavisen.dk

Solidarität mit die politische Gefangene und Unterstützung für Prozesskosten. http://www.blackcross.dk/

Proteste in Deutscland gegen die Räumung der Ungdomshuset

Nachdem die Meldungen über die Räumungen des seit 1981 besetzten Jugendhaus in Kopenhagen die Runde machten, zeichnete sich schnell ab, dass es verschiedenste Solidaritätsaktionen für das Ungdomshuset in Deutschland geben wird.

[Potsdam] In der Potsdamer Innenstadt fand eine Spontandemo wegen der Räumung des Ungdomshuset statt. Dabei wurden mehrere Personen festgenommen.
[Marburg] Etwa 30 Personen nahmen an einer Protestkundgebung vor der Mensa teil.
[Göttingen] Großes Polizeiaufgebot bei friedlicher Spontandemonstration
[Leipzig] Überfordert war die Polizei in Leipzig bei einer Spontandemonstration mit etwa 100 Teilnehmern
[Berlin] Von der Köpi aus zog ein Protestzug durch den Stadtteil Kreuzberg.
[Weimar] Etwa 30 Personen machten auf die Räumung bei einer Spontandemo aufmerksam
[Hannover] Nach einer friedlichen Demonstration kam es im Verlaufe der Nacht zu Ausschreitungen.
[Köln] Mehrere Festnahmen nachdem ein Demonstration durch die Kölner Innstadt einen unfriedlichen Verlauf nahm.
[Bremen] Etwa 100 Menschen auf einer Solidemo.
[Karslruhe] Störungsfrei verlief eine Demonstration mit etwa 50 Menschen
[Hamburg] Die größte Demonstration fand in Hamburg statt. Nach Polizeiangaben versammelten sich etwa 800 Unterstützer - am Rande kam es zu vereinzelten Auseinandersetzungen
[München] In der bayerischen Landeshauptstadt kommt es zu Protesten

[Stuttgart] Proteste gegen die Räumung in Dänemark, gleichzeitig Erinnerung an das ähnliche Schicksal der OBW9 in Stuttgart.
[Frankfurt/Main] Um 19 Uhr fanden sich etwa 40 Menschen auf dem Campus der Uni Frankfurt zusammen um Solidarität mit dem Ungdomshuset zu zeigen.
[Braunschweig] Etwa 80 Leute, begleitet von einigen Polizisten, zogen spontan durch die Innenstadt und verliehen ihrer Wut lautstark Ausdruck.
[Dresden] Auch in der Dresdner Neustadt kam es zu spontanen Solidarisierungen. Es wurde ein Haus besetzt.
[Bremen] auch hier gab es eine Soli-Demo mit 200-300 Menschen.
[Magdeburg] Mülltonnen auf Straßen geworfen.
[Eckernförde] auch im beschaulichen eckernförde zeigten ca. 15-20 leute ihr solidarität.
[Freiburg] 70 Autonome radelten für das Ungdomshuset und sorgten für Verkehrschaos - die Stimmung war ausgezeichnet.
[Flensburg] Eine halbe Stunde lang blockierten ca. 35-40 Menschen die A7 Richtung Dänemark am Grenzübergang nahe Flensburg.

Abriss des Ungdomshuset

Die christliche, rechtsextreme Sekte "Faderhuset" hat sich entschieden, das 110 Jahre alte Haus, das vor kurzem das Ungdomshuset beherbergte, abreißen zu lassen. Die Polizei in Kopenhagen begrüßt dies, da sie eine Neubesetzung befürchteten. Montag wurde das Ungdomshus unter Massiv Polizeieinsatz abgerissen. Etliche Handwerker-vereinigungen in Kopenhagen hatten im Vorhinein erklärt, sie würden sich an einem Abriss nicht beteiligen. Schon die Abrisssarbeiter arbeiteten nur mit unkenntlich machenden Gesichtsmasken.

Es bedeutet nun das Ende für einen mehr als 100 Jahre alte Treffpunkt. Die "Eltern für mehr Ungdomshuse" schreiben in einer Pressemitteilung: "Es ist Kulturmord und ein Hohn gegen alle die für kulturelle Vielfalt, Freiräume und alternative Kultur arbeiten. Es ist beschämend dass so etwas in einer reichen und so genannten demokratischen Gesellschaft passieren kann. Genau betrachtet handelt es nicht um anderes, als eine alternative Kultur auszuradieren und eine inhumane fanatische Sekte um viele Millionen Kronen zu bereichern" Die Pressemitteilung endet mit den worten "Der Kampf geht weiter!"

Die Autos brennen in Kopenhagen auf dem selben Grund als im Frankreich

Polizeigewalt, Massenverhaftungen, Normalisierungspolitik, Null-Tolerance und Rassismus. Tag für Tag wird es mehr und mehr marginalisierte Gruppen in der dänische Gesellschaft. Menschen ärgern sich, wird frustrierte, und fühlen sich machtlose. Unsere Gesellschaft versucht desperat eine Fassade als die zivilisierteste und beste Demokratie in der Wellt aufrecht zu erhalten. Tatsätlich fühlen sich mehr und mehr abgesondert. Dieser Mangel von anerkannung ist eine der Hauptursachen für die viele Frustrationshandlungen in Kopenhagen diesen Tage.

Wir sind geräubt von unserer selbstbestimmtes Haus, das wir gebaut hat seit 24 Jahren. Ein Platz wo wir fliehen von gesellschaftliche Anspruche an Normalisierung und Homogenisierung könnten. Ein Platz wo wir fühlten, daß wir uns selbst kreativ realisieren könnten. Ein Platz ohne der gleiche Druck sich in bestimmten Rollen einzupassen.

Täglich schikanieren Die Polizei Menschen in Christiania und Nørrebro. Sie visitieren und anhlaten Leute ohne Grund. Es gibt eines Ausländergesetz das die Menschenrechte missachtet. Es gibt Gruppen von Menschen in unserer Gesellschaft, die von die PolitikerInnen konsequent als ein “Problem” gennannt statt respektiert und anerkannt werden. Wir haben Polizisten, die im Betrieb ohne Konsequenzen Menschen als “Kanacken” und “Affen” bezeichnen können.

Die Krawalle in Kopenhagen sind nicht nur von BenutzerInnen und SympatisantInnen der Ungdomshuset gemacht. Es geht nicht nur von eines autonomes Freiraum. Was die letzte Tage passiert ist, ist so viel mehr massiv. Der Kampf für das Ungdomshus ist ein Kampf geworden gegen eines Systems, die keine Abweichung toleriert, und wo Menschen die nicht “Normale” sind als Krebsgeschwulsten behandeln werden. Die Räumung und Wiederstand von Ungdomshuset hat nur der Damm durchgebrochen, und jetzt lauft das Zorn frei.

http://www.Aktivist.nu

Der Dänischer Staat hat Krieg erklärt Krieg dem Krieg

Die Räumung des Ungdomshuset kommt nicht von ungefähr. In Dänemark regiert mit Anders Fogh Rasmussen eine extrem rechts-konservative Regierung, und die "Dänische Volkspartei", die bürgerlichen Rechtspopulisten haben Stimmenanteile vergleichbar mit der CDU in Berlin.

Am Tag der Räumung des "Ungeren" wurde ein Test veröffentlicht, aus dreihundert Fragen bestehend, mit dem die dänische Regierung in Zukunft MigrantInnen auf ihre Leitkulturkompetenz überprüfen will, bevor sie evtl. eingebürgert werden können. Dänische Zeitungen stellten die Fragen online und die Mehrheit der Dänen, die diesen Test probierten, fiel wie zu erwarten durch. An den Außengrenzen des kleinen Königreiches Dänemarks wurden schärfere Einwanderungsbegrenzungen installiert als sie im Rest der Europäischen Union gelten. International ist die aktuelle dänische Regierung für ihre bedingungslose Unterstützung von George W. Bushs "Krieg gegen den Terror" bekannt und für ihren interessanten umgang mit dem Isalm, wie er sich im "Karikaturenstreit" zeigte. Die Fogh-Rasmussen-Regierung schaffte es auch kurze Zeit nach Amtsantritt, die seit 1971 gewachsenen Strukturen im Freistaat Christiania mitten in Kopenhagen so nachhaltig zu erschüttern wie keine andere Regierung vor ihnen - so dass die ChristianitterInnen aus Angst vor Polizeiangriffen und Repression aus eigener Kraft die "Pusher Street", Europas offensten Markt für Hanfveredlungsprodukte, abzureißen. Die brutale Räumung des Ungdomshuset mit hilfe von Antiterrorspezialisten, die sich im Morgengrauen von Helikoptern abseilten, und die fortwährende Brutalität der dänischen Polizei passen wunderbar in das Bild, mit dem sich Dänemark und die Kopenhagener Stadtverwaltung sowie die "Politi" präsentieren.

Der rassistischer und zwangsnormalisierender Polizeistaat Dänemark muß Zerstört werden!

Die Kriegsstiftern:

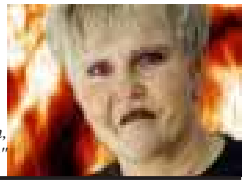
Die Verantwortung für den zu erwarteten Konfrontationszyklus zwischen Repressionskräften und grösseren Teilen der alternativ orientierten Kopenhagener Jugendszene tragen die Politiker im Kopen-hagener Stadtparlament unter der Führung der sozialdemo-kratischen Oberbürgermeisterin, Ritt Bjerregård.

Nicht zu vergessen dabei ist - der Auftraggeber der Zerstörung und der unweigerlichen Krawalle ist die christliche und rechtextreme Sekte "Fader-huset", die das Haus 2001 erwarb und auch für angebotene 15 Mio. Kronen (über 2 Mio. Euro) nicht wieder verkaufen, sondern abreißen lassen hat.

Overborgmester Ritt Bjerregaard
Københavns Rådhus
DK-1599 København V
Tlf: (0045)33662200
Fax: (0045)33667008
Email: ritt@kk.dk

Privat:
Ritt Bjerregaard
Jens Juels Gade 4
DK-2100 Kbh. Ø
Tlf. (0045)35430897

Menigheden Faderhuset
Tæbyvej 3
DK-2610 Rødovre
Tlf: 39 40 90 97



Ruth Eversen, Führerin der "Faderhuset"

Mehr "Ungdomshuse" aufbauen - Fur mehr selbstbestimmte Freiräume überalles!

Wagenplatz braucht Zukunft!

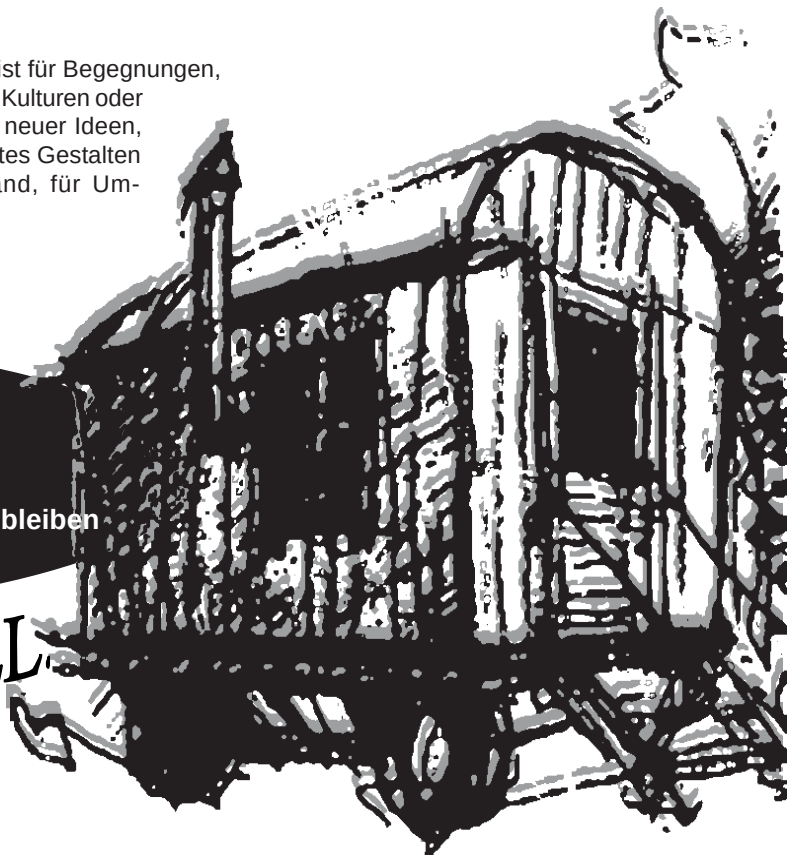
Den Oldenburger Wagenplatz auf der Nordseite des Hafens gibt es bereits seit 1995.
Während der letzten zwölf Jahre ist er zu einem unentbehrlichen Freiraum für viele OldenburgerInnen geworden.
Der Wagenplatz ist nicht nur ein Ort, an dem wir eine andere Form von gemeinschaftlichem Zusammenleben praktizieren, sondern auch einer, an dem Platz ist für Kreativität, für Begegnung & Selbstverwirklichung. Viele Menschen der Stadt nehmen das Angebot an antikomerziellen Partys, Konzerten, Kunst- & Kulturprojekten wahr & organisieren sie selbst.

Offensichtlich legt die Stadt Oldenburg auf solche Orte als Treffpunkt für gegenseitigen Austausch & selbstgestaltetes Leben keinen Wert.
Das zeigt sich uns darin, daß sie seit geraumer Zeit mit Planungen für die Neugestaltung des alten Schlachthofgeländes beschäftigt ist & gerade bei diesem Gebiet immer wieder von Fehlnutzung spricht. Dabei hält sie es jedoch nicht für nötig, die doch sehr überschaubare Zahl von NutzerInnen & BewohnerInnen des „Hafenviertels Nord“ genauer über ihre Vorhaben zu informieren, geschweige denn in die Planungen mit einzubeziehen !
In keinem der öffentlich gewordenen Entwürfe ist auch nur ein Bauwagen zu finden !
Auch gab es - trotz gegenteiliger Behauptungen des Baurats Pantel - nie ein einziges Gespräch, hinsichtlich unserer Zukunft, mit uns.
Seit ungefähr zwei Jahren erfahren wir aus der NWZ hin & wieder Halbwahrheiten über den aktuellen Stand.
Hingegen wurde bereits mit „schicken“ Hochglanz-Broschüren um Investoren geworben, denen wir entnehmen konnten, daß „attraktive“ Eigentumswohnungen mit Yachtliegeplatz vor der Terassentür geplant sind. Dazu der umwerfende Duft der Kläranlage in der Nase. Natürlich darf auch ein neuer Kindergarten unter Peguform-Wolke nicht fehlen. Das alles mit dem hinreißenden Hintergrundgeräusch der Zugbewegungen im 10-Minuten-Takt. Wer in dieser prächtigen Umgebung für viel Geld Eigentumswohnungen erwerben möchte, bleibt fraglich - ebenso die Absatzmöglichkeit der geplanten Massen an Büroflächen, die als Lärmschutzwall zwischen Bahngleisen & Wohngebiet entstehen sollen.

Die genannten Schwierigkeiten werden von der „Machbarkeitsstudie“ sogar als solche benannt & ernst genommen, im Fazit aber verschleiert. Allerdings ist das Fazit das Einzige, womit die Stadtverwaltung in öffentlichen Veranstaltungen arbeitet.

Uns erscheint das ganze Vorhaben, sowie die Vorgehensweise, absurd ! Wir sind nicht bereit, für eine mangels Finanzierbarkeit entstehende Baubrache zu weichen ! Gerade antikomerzielle Projekte, wie unseres, leben von der guten Erreichbarkeit durch die Nähe zur Innenstadt. Nicht nur deshalb lieben wir diesen Standort.
Das alte Schlachthofgelände ist unser Zuhause! Es bietet uns Raum für nachbarschaftliches Miteinander & gegenseitige Ergänzung mit den umliegenden Werkstätten. Der Wagenplatz in Oldenburg braucht Zukunft ! Für uns ist dieser Platz der Tollste - wir können uns keinen Besseren vorstellen !
Wir beleben & bewohnen seit Jahren das verplante Gebiet.
Wir gehören hier in die Stadt Oldenburg & werden uns nicht einfach wegplanen lassen !
Wir fordern die Stellungnahme einer verantwortlichen Person !
Wir fordern die Stadt Oldenburg auf, auf uns zuzukommen !

Wir brauchen Freiräume! Freiräume sind Orte, an denen Platz ist für Begegnungen, Austausch zwischen verschiedenen Menschen unterschiedlicher Kulturen oder sozialer Schichten. Freiräume bieten Platz für die Entwicklung neuer Ideen, für eine andere Form des Zusammenlebens, für selbstbestimmtes Gestalten von Gemeinschaft, für Subkultur, für politischen Widerstand, für Umorientierung, für Kreativität, für Antikommerz!



Freiräume sind nicht entbehrlich !

Gemeinschaft & Solidarität sind Widerstand !
Keine Räumungen - hier oder sonstwo !
Wir lassen uns nicht vertreiben - Wagenplätze werden bleiben

HIER & IMMER & ÜBERALL

wasserstadt - info

Nr. 1 / Februar 2007

Unser Bahnhofsviertel, unser Hafen? Oder... Ein innenstadt-angebundenes urbanes Quartier mit maritimen Flair für hochwertiges Wohnen und Arbeiten?

Es klingt fast zu schön, um wahr zu sein:
Inspiriert von holländischen Grachten und Projekten wie der Hamburger Speicherstadt, soll in Oldenburg eine "Wasserstadt" entstehen in der Wohnen und Arbeiten harmonieren.

Die westliche Wasserkante, zur Zeit durch Landeszentralbank und Arbeitsamt geprägt, soll zu einer attraktiven Flaniermeile werden. Schon seit 2005 werden in der Stadtverwaltung entsprechende Pläne geschmiedet. In Zusammenarbeit mit den Haupteigentümern der Flächen wurden erste Konzepte entworfen und eine sogenannte "Machbarkeitsstudie" in Auftrag gegeben. Auch Anträge für Fördergelder sind schon auf dem Weg. Und jetzt sollen auch die BürgerInnen bei diesem Großprojekt mitreden können.

Bei näherer Betrachtung offenbaren sich in den bisherigen Planungen allerdings deutliche Defizite. Die "Machbarkeitsstudie" fällt bei genauerem Lesen ein geradezu vernichtendes Urteil bezüglich der Umsetzbarkeit der Eigentümervorstellungen. Auf der ersten Informationsveranstaltung am 30.01.2007 schwieg sich die Stadtverwaltung über die Ergebnisse dieser Studie beharrlich aus.

Wir sehen die Gefahr, dass bei einer nur teilweisen Realisierung der Pläne nicht nur ein weiteres Stück unserer Stadt nachhaltig verschandelt wird, sondern auch die bisherigen BewohnerInnen und NutzerInnen des Bahnhofs- und Hafenviertels zu einem großen Teil vertrieben werden.

Deshalb wollen wir mit diesem Infoblatt nicht nur über die bestehenden Planungen und Entwürfe informieren. Wir möchten auch dazu ermutigen, im Rahmen der Bürgerbeteiligung mitzuwirken. Vielleicht haben wir damit die Chance, dieses Herzstück der Stadt wirklich im Sinne der Bevölkerung weiterzuentwickeln. Einen Versuch ist es auf jeden Fall wert.

Was bisher geschah...

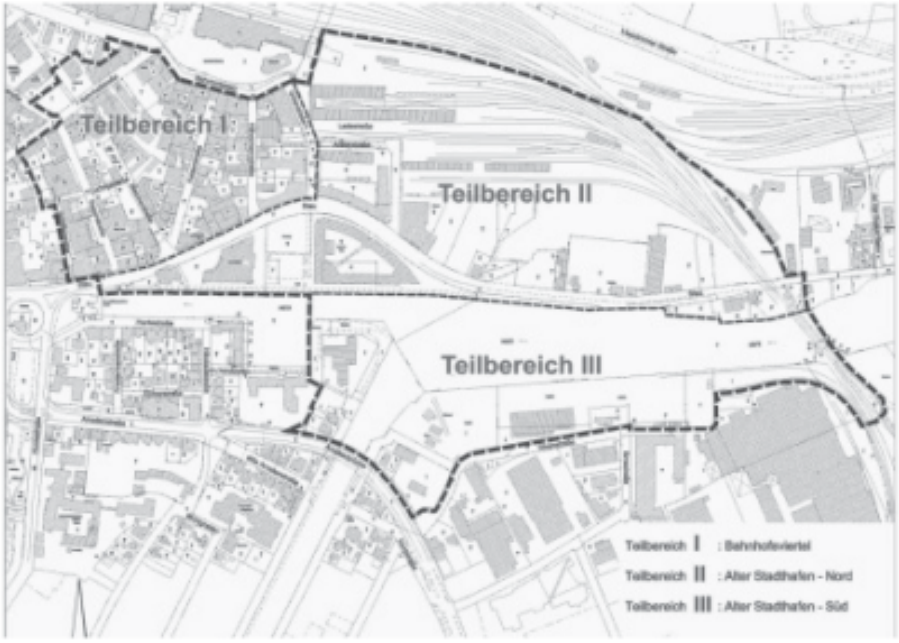
Ideen, das Hafenviertel stärker in die Stadt einzubinden gibt es schon seit vielen Jahren, wurden aber wegen der ungünstigen Rahmenbedingungen nie weiter verfolgt.

Die aktuellen Planungen nahmen ihren Anfang im November 2005: Zu einem "Kick-Off-Workshop" versammelten sich Vertreter von Stadtverwaltung, Oetken GmbH, Bahn AG, Rheinumschlag GmbH, der Cinemaxx-Betreibergesellschaft, sowie nicht näher bezeichnete Personen aus "Tourismus und Wassersport". Unter Anleitung eines Berliner Gutachterteams entwickelten sie Konzeptideen zur zukünfigen Gestaltung und Nutzung der Gelände entlang der Hunte. Dieses Team, bestehend aus Mitarbeitern der Bulwien Gesa AG, der "Planergemeinschaft Dittbach Kohlbrenner" und der Wasserstadt GmbH, bekam von den oben genannten Beteiligten anschließend den Auftrag, eine "Machbarkeitsstudie" für die gewünschten Vorhaben durchzuführen. Der Abschluß der Studie war eigentlich für den März 2006 geplant; die Endfassung wurde den Auftraggebern allerdings erst im September übergeben. Zwischenzeitlich wurde seitens der Stadt eine weitere Studie in Auftrag gegeben: Die "Vorbereitenden Untersuchungen zur Einrichtung eines Sanierungsgebietes Alter Stadthafen/ Bahnhofs-

was bisher geschah...

viertel" wurden vom Oldenburger Büro re.urban durchgeführt und dienten als Vorlage, um beim Land Niedersachsen sowie der Europäischen Union Gelder zu beantragen. In diesem Zusammenhang beschloss der Stadtrat, bis zu 5,5 Millionen Euro für diesen Zweck bereitzustellen. Allerdings erfolgte der Beschluss nur unter Vorbehalt, d.h. diese Summe kann im Lauf der weiteren Planungen auch wieder reduziert bzw. gestrichen werden.

Die "Machbarkeitsstudie", die auch diesem Beschluss zu Grunde lag, wurde dem Bauausschuss und der Öffentlichkeit dann am 30. Januar ansatzweise vorgestellt.



lang schon pleite:

Wasserstadt GmbH Berlin

Die Berliner Wasserstadt GmbH war treuhändischer Entwicklungsträger des Landes Berlin und in dieser Funktion für die Vorbereitung und Durchführung der verschiedenen Entwicklungsmaßnahmen in Berlin zuständig.

Über diese Projekte weiss man, dass von 12000 geplanten Wohnungen in der Wasserstadt Oberhavel lediglich 4000 gebaut wurden wobei eine Leerstandsqoute von 7,5% besteht. Dieses, wie auch das Projekt Rummelsburger Bucht, führten zu langweilig und unpraktisch konzipierten Wohngebieten. Dafür wurden bestehende Strukturen, wie z.B. eine denkmalgeschützte Brücke, zerstört.

Insgesamt hat die Berliner Wasserstadt GmbH einen geschätzten Gesamtverlust von über einer halben Milliarde Euro erwirtschaftet. Darum sollte sie nach unseren Informationen eigentlich zum Ende vergangenen Jahres aufgelöst werden. Warum diese Leistung die Wasserstadt GmbH dazu qualifiziert, ausgerechnet den stadtwirtschaftlichen Teil der Studie zu erstellen, bleibt bis jetzt ein Geheimnis der Stadtverwaltung. Doch selbst dieses anscheinend risikofreudige Unternehmen steht den Visionen der Auftraggeber skeptisch gegenüber. Hoffen wir, daß die EntscheiderInnen, allen voran der "bauliche Kulturwächter" Oldenburgs, Stadtbaurat Dr. Pantel sich nicht als weniger kritisch erweisen.

Googeln Sie doch einfach mal: "wasserstadt berlin"

"Stadtreparatur" im Bahnhofsviertel

Dem stadtplanerisch lange vernachlässigten Bahnhofsviertel wird durch seine Lage in den gelaufenen Planungen eine besonders wichtige Bedeutung beigemessen. Es soll als Verbindung zwischen der Innenstadt und der geplanten Wasserstadt dienen.

Hierzu soll es "querdurchlässig" gemacht werden und seine zu entwickelnde "Urbanität" in das neue Quartier transportieren. "Querdurchlässigkeit" wird erreicht indem neue Straßen direkt durch das Wohngebiet gezogen werden: Gebäude werden abgerissen, vorhandene Straßen erneuert. Die Straßenerneuerung des Bahnhofviertels bringt erhebliche Kosten mit sich, die zum größten Teil von den Anliegern zu tragen sind, im schlechtesten Fall gar zu 90%.

Steigende Mietpreise sind die zwangsläufige Folge und werden dazu führen, dass ein Großteil der ansässigen BewohnerInnen, Projekte und kleine Unternehmen verdrängt werden, sofern diese nicht sowieso schon als "Fehlnutzung" kategorisiert und vertrieben worden sind.

Bürgerbeteiligung?

"Bürgerbeteiligung" ist für OldenburgerInnen ein recht neuer Begriff. Beteiligen sie sich an der Abwahl eines Oberbürgermeisters zur Verhinderung eines größeren Bauvorhabens, müssen sie feststellen, dass selbst dies nicht hilft!

Die Stadtverwaltung versucht jetzt in einer Flucht nach Vorn, ähnlich kontrovers geführte Diskussionen wie die zum ECE zu vermeiden. Die OlderburgerInnen sollen in Form einer Informationsveranstaltung und sogenannten "Foren" aktiv an der Erstellung von Zielsetzungen und Rahmenbedingungen mitarbeiten. Die Informationsveranstaltung hat bereits stattgefunden. Im überfüllten Weser-Saal des Gegenseitigkeitshauses wurden die Visionen der Grundstückseigentümer vorgestellt. Die "Machbarkeitsstudie" wurde kaum erwähnt. Die in ihr beleuchteten Risiken und Unwägbarkeiten wurden lediglich durch Besucher versucht ins Gespräch zu bringen. Vertröstungen auf die "Foren" wurden ausgesprochen. Es drängte sich der Eindruck auf, die Stadtverwaltung verstünde unter Bürgerbeteiligung eine Art "Bürgerüberzeugung". Es wurde versucht, ein Bild von "blühenden Landschaften" inmitten einer maritimen Idylle zu vermitteln.

Unter dem Begriff der Bürgerbeteiligung sollte man sich einen Prozess vorstellen, in welchem Ideen und Wünsche aber auch Befürchtungen der Betroffenen und Interessierten einbezogen werden, und zwar von Anfang bis zum Ende einer Maßnahme. Diese sollte in einem ständigen Dialog zwischen allen Beteiligten geschehen. Für einen solchen Dialog ist ein Zugang zu allen Informationen unabdingbar.

In Anbetracht der noch zu überwindenen Probleme zur Umsetzung der Vorhaben, stellt man sich die Frage, ob es an Ideen zur Überwindung dieser mangelt. Diese scheinen durch die BürgerInnen beigebracht werden zu sollen, um ein vermarktbares Konzept zu schaffen.

Was die Gutachter sagen

Über die „Machbarkeitsstudie Alter Stadthafen“ ist der Öffentlichkeit ausser ein paar bunten Bildern bisher wenig bekannt geworden. Dabei stellt sie die bisher größte Quelle für Analysen und Einschätzungen bezüglich der Planungen der „Wasserstadt“ dar. Darum wollen wir hier einen Einblick in Inhalte und Schlussfolgerungen dieses Werks geben.

Die Auftraggeber:
Stadt Oldenburg, Oetken GmbH, Cinemaxx-Betreibergesellschaft, Deutsche Bahn AG und Firma Rheinumschlag.
Die Gutachter:
Bulwien Gesa AG (Immobilienwirtschaft), Wasserstadt GmbH (Stadtwirtschaft) und Planergemeinschaft Dubach Kohlbrenner (Stadtplanung).

Die Vorstellungen und Erwartungen der Eigentümer ziehen sich als roter Faden durch die Studie. Trotzdem distanzieren sich die Gutachter immer wieder recht deutlich von diesen Vorstellungen. So haben sich die die Autraggeber grundsätzlich für ein Entwicklungsszenario ausgesprochen, das „Impuls“ betitelt wird. Dieses geht von „hervorragenden Rahmenbedingungen“ aus und benennt als Leitbild eine „Neue Hafencity im überregionalen Wettbewerb mit anderen Städten/Waterfronts“. In diesem Szenario wird die Entwicklung des Stadtteils von zwei Polen aus vollzogen: Den einen Pol soll das Gelände des Cinemaxx bilden, das als Baublock mit Parkhaus, Einzelhandel und Gastronomie, Büros, einigen Apartements für Studenten sowie einer Großraumdisco o.Ä. konzipiert wird. Den anderen Pol stellt die Fläche im Winkel zwischen Bahn und Stau gegenüber dem Wasserturm dar. Nach Prüfung einer Unzahl von Möglichkeiten wird als einzig denkbare Version der Bau eines Vier-Sterne-Hotels vorgeschlagen. Allerdings sei diese Investition zur Zeit nicht absehbar, daher würde dort wohl auf unbestimmte Zeit ein Parkplatz als „Zwischennutzung“ entstehen. Alle vorgestellten Varianten für die Entwicklung des Viertels fußen auf diesem Szenario Marke „Kaviar“ - eine Entscheidung der Auftraggeber, betonen die Gutachter.

Ähnlich kritisch sehen die Gutachter auch die angestrebten Mengen von Büroflächen, die für die Gesamtrechnung unabdingbar sind. Hier werden in drei von vier Varianten der Maximalwert der am Markt absetzbaren Flächen deutlich überschritten. „Eine Platzierung dieser Volumina am Markt scheint aus heutiger Sicht zweifelhaft und würde die Marktchancen der Flächen insgesamt verringern,“ so die Studie wörtlich. Dennoch kündigt eine Werbebroschüre der Wirtschaftsförderung 14.000 qm Büroflächen an, während die Studie selbst bei „besonders positiven“ Bedingungen maximal 10.000 qm für vermarktbar hält.

Insgesamt bescheinigen die Gutachter dem Gebiet einige Attraktivität, vor Allem durch die Lage am Wasser (mit „wertvollen Blickbezügen“) und die Nähe zu Innenstadt, Bahnhof und ZOB. Doch weisen beide Teilgebiete (Nord und Süd) eine "Insellage" auf. Beide werden durch Hunte und Bahntrasse begrenzt und sind schlecht angebunden. Im Norden kommen noch die Großbauten von Arbeitsamt und Cinemaxx auf der einen, der Bahnübergang am Wasserturm auf der anderen Seite dazu.

Insbesonders für die geplante Wohnbebauung stellt die hohe Lärmbelastung eine weitere Schwierigkeit dar. Diese geht vor Allem von der Bahnstrecke und dem Güterbahnhof aus, ein Problem, dass sich bei Inbetriebnahme des Jade-Weser-Ports noch verschärfen wird. In der Variante 3 soll eine Art bewohnter Lärmschutzwall Abhilfe schaffen: 5-stöckige Baublöcke mit Büros in den unteren und Wohnraum in den oberen Etagen könnten die dahinter liegenden Grundstücke abschirmen. Für die Flächen am Südufer der Hunte, auf denen besonders exklusiv gebaut werden soll, kommen noch Belastungen durch das Gewerbegebiet und die Amalienbrücke hinzu.

Dennoch wird mit Mieten gerechnet, die 14 bis 24% über den aktuellen Preisen in der Stadt liegen. Bei Eigentumsimmobilien variiert dieser Wert zwischen 5 und 40%.

All diesen harten Nüssen bei der Entwicklung scheinen die bisher Beteiligten mit einer besonders ambitionierten Planung entgegenwirken zu wollen. Gerade dabei sind die

einzelnen Aspekte der Nutzung allerdings sehr stark aufeinander angewiesen. Bei genauerem Lesen der Studie wird aber deutlich, dass viele der angenommenen Voraussetzungen eher in den Bereich des Wunschdenkens gehören. Allein mit der Kraft positiven Denkens wird man diese Visionen jedoch kaum verwirklichen können.

Insgesamt wird deutlich, dass die hochfliegenden Pläne der Eigentümer drohen auf eine Bruchlandung hinauszulaufen. Darum ist es um so wichtiger, jetzt die Konzeption und Zielsetzung in einem offenen Prozeß grundsätzlich zu bestimmen.

Die Studie selbst liegt inzwischen beim Stadtplanungsamt, bei den Ratsfraktionen und der IG Lebenswertes Hafenviertel vor. Bei Interesse wenden Sie sich bitte an eine dieser Stellen, um selbst Einsicht zu erhalten.

Eine stichwortartige Zusammenfassung der Studie finden Sie im Internet unter der Adresse: http://2und40.eu

Variante 3: "Vorzugsvariante"

Wie kann es jetzt weitergehen?

Um eine öffentliche Diskussion und wirkliche BürgerInnenbeteiligung im Planungsprozess zu ermöglichen, muss endlich Tranzparenz über die bisherigen Planungen, Überlegungen und Untersuchungsergebnisse geschaffen werden. "Kompetenz durch Transparenz"

Inbesondere nach dem verheerenden Urteil der Machbarkeitsstudie über die Realisierungswahrscheinlichkeit der bisherigen Überlegungen, muss die Diskussion über die gewünschte Nutzung und das Entwicklungskonzept für die beiden Viertel endlich öffentlich geführt werden.

Die Interessen der Menschen, die hier wohnen, leben und arbeiten gehören in diesem Prozess genau so beachtet wie die Interessen der Eigentümer. Dazu gehört das Interesse, sich die Mieten auch in Zukunft noch leisten zu können, das Haus oder die Wohnung nicht wegen astronomischer Sanierungskosten aufgeben zu müssen oder ungefragt einer "höherwertigen Nutzung" weichen zu müssen.

Bevor die Stadt Oldenburg beschließt große städtische Flächen und Millionen aus Steuergeldern für eine Entwicklung einzusetzen, muss ein schlüssiges und finanzierbares Konzept dafür vorliegen!

IG Lebenswertes Hafenviertel

c/o F. Pempe

Rosenstr. 6

26122 Oldenburg

email: hafenviertel@web.de

Dokumente und Links in Kürze unter:

http://2und40.eu

Die Interessengemeinschaft Lebenswertes Hafenviertel

ist ein Zusammenschluss von Menschen, die im Hafen- und Bahnhofsviertel leben, arbeiten oder in verschiedenen Projekten engagiert sind. Sie wurde im Herbst 2006 mit dem Ziel gegründet, Fehlplanungen zu verhindern und die Weiterentwicklung unseres Stadtteils kritisch zu hinterfragen und produktiv zu begleiten.

Die IG will als Zusammenschluß direkt Betroffener sicherstellen, dass das Leben in den betroffenen Gebieten lebenswert bleibt, bzw. noch lebenswerter wird.

Dementsprechend will sie verhindern, dass bestehende Strukturen zerstört werden, ohne sicherzustellen dass ein finanzierbares, schöneres und vor allem lebenswerteres Stadtviertel entstehen kann. Wir wollen keine Baubrachen - Wir wollen bleiben!

Die Überflüssigen setzen sich, wie viele kämpfende AktivistInnen weltweit, weiße Masken auf. Sie greifen die Barbarei des Kapitalismus an, in der Menschen nicht als Menschen, sondern als gesichtsloser auszubeutender Rohstoff vorkommen und ihre Vielfalt für rassistische und sexistische Unterdrückung instrumentalisiert wird. Ihr Respekt und ihre Verbundenheit gelten den Sans Papiers, Piqueteros, streikenden Frauen in Weltmarktfabriken, Landlosen, Prekarisierten, Unsichtbaren.

Die Überflüssigen lassen sich nicht mehr abspeisen mit dem abgeschmackten Versprechen künftiger Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Sie sind zuversichtlich, sich diesen Reichtum bald gänzlich anzueignen, denn mit jedem Prozentpunkt Wirtschaftswachstum werden sie mehr.

Die Überflüssigen sind solidarisch mit denen, die dorthin gehen, wohin Not und Hoffnung sie treiben, und die sich immer wieder einen Lebensunterhalt aus dem Nichts erfinden müssen.

Die Überflüssigen sind überall und grenzenlos wie die kapitalistische Ausbeutung selbst.

Die Überflüssigen stehen für den Teil der Menschen auf der Erde, deren Alltag seit jeher aus Erwerbslosigkeit, Armut, Hunger und Krieg besteht.

Die Überflüssigen sind Menschen in den Industriestaaten, die vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen werden. Sie sind das Ziel des Klassenkampfes von oben und der aktuellen Armutskampagne in Deutschland, sie sind Erwerbslose, deren Rechte weiter beschnitten werden, sie sind Flüchtlinge, die ins Asylbewerberleistungsgesetz fallen, sie sind allein erziehende Frauen, die in Niedrigstlohnjobs gedrängt werden, sie sind die Alten, die ihre Winterschuhe beim Sozialamt erbetteln müssen, sie sind die Kranken, denen 10 Euro Praxisgebühr fehlen.

Die Überflüssigen sehen die Ursache ihrer Situation in einem profitfanatischen System, das nicht unangenehme Arbeiten überflüssig macht, sondern Menschen. Sie bieten dem Zwang, sich immer umfassender zurichten zu müssen, um leben zu dürfen, gemeinsam Paroli.

Die Überflüssigen lassen sich nicht länger auf Abfallprodukte des Kapitalismus reduzieren.

Die Überflüssigen haben die Schnauze voll davon, sich immer wieder in Verteilungskämpfen gegenseitig fertig zumachen.

Die Überflüssigen brechen aus der 2-Raum-Couchtisch-Haltung aus und machen selbst Programm.

Die Überflüssigen stupsen sich aufmunternd an, während sie auf die Trutzburgen der Kapitalfundamentalisten zustürmen – denn sie haben eine ganze Welt zu gewinnen.

Kapitalismus ist überflüssig - Alles für Alle!

Mach's mit! Mach's nach! Mach's besser!

alhambra
zeitung & programm / märz 2007

Wöchentlich: Mo. 18:00 Archiv / 18:00 Crush Hour Concerts / 20:30 Antifa - Cafe // Di. 20:00 Subklub // Do.20:00 Vokü, danach Kneipe / 21:00 Oldenburger Rechtshilfe // Monatlich:1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe / 2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt / 2. Fr. 20:30 Alhambra-NutzerInnenplenum

märz 07

Fr.	02.3.	22:00	Reggae Corner: Bass Rock
Sa.	03.3.	22:00	Lesbischwule 80er Party
Di.	06.3.	20:00	Wassup Subklub
Fr.	09.3.	22:00	StepStepStep-Tanzparty Nr. 4
Sa.	10.3.	21:00	Rock gegen Rechts: Alarmsignal | The Headnuts | Subnormal
Di.	13.3.	20:00	Subklub und seine Gespiele
Fr.	16.3.	23:00	Teonanacatl
Sa.	17.3.	22:00	Männerfabrik
Di.	20.3	20:00	Subklub digital
Mi.	21.3.	19:00	Mobilisierungstreffen zur diesjährigen FrauenLesbenTransDemo am 30.04.
Do.	22.3.	21:00	Konzert: Refugies | la cante negra
Fr.	23.3.	21:00	Konzert: Hasperath | 3 andere Bands
Sa.	24.3.	22:00	CSD-Soli-Party
Mo.	26.3.	21:00	Crush Hour Concerts: Thee Irma & Louise | Suicidal Birds
Di.	27.3.	20:00	Subklub Vorlesen
Fr.	30.3.	21:00	LP-Release Konzert: Feindbild
Sa.	31.3.	22:00	Rosa Disco

april 07

Di.	03.4.	20:00	Subklub Weltschmerz
Do.	05.4.	23:00	Terz-AG: Elektroparty
Fr.	02.4.	22:00	Reggae Corner
Sa.	07.4.	22:00	Homophilias - Party für Lesben & Schwule
So.	08.4.	21:00	Crush Hour Concerts: La Casa Fantom | sabotage au supermarché
Fr.	13.4.	22:00	Blankenburg Solidarité-Party
Sa.	14.4.	22:00	FrauenLesbenDragTrans-Party